

„Was bedeutet Demokratie für mich?“

**Betrachtungen in der grenzüberschreitenden
Dolomiti Live Region
(Osttirol – Alto Bellunese – Pustertal/Val Pusteria)**

Projekt ITAT4148 DL-Demo
Programm INTERREG V-A Italia – Österreich / CLLD Dolomiti Live



Bozen/Cadore/Lienz, September 2022
(Entwurf vom 20. September 2022)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite	3
Kapitel I: Einleitung		5
Kapitel II: Projektdurchführung und Ergebnisse im Pustertal		8
II.1 Geografische und soziographische Merkmale		8
II.2 Die Workshops		10
II.2.1 Örtlichkeiten		10
II.2.2 Vorbereitungen auf die Workshops		11
II.2.3 Aufbau		12
II.3 Analyse der Workshop-Ergebnisse		14
II.4 Schlussfolgerungen		21
Kapitel III: Projektdurchführung und Ergebnisse in Osttirol		23
III.1 Geografische und soziographische Merkmale		23
III.2 Die Workshops		25
III.2.1 Örtlichkeiten		25
III.2.2 Vorbereitungen auf die Workshops		26
III.2.3 Aufbau		28
III.3 Analyse der Workshop-Ergebnisse		29
III.4 Schlussfolgerungen		34
Kapitel IV: Projektdurchführung und Ergebnisse im Gebiet Alto Bellunese		36
IV.1 Geografische und soziographische Merkmale		36
IV.2 Die Workshops		39
IV.2.1 Interviews und Vorbereitungen auf die Workshops		39
IV.2.2 Aufbau		41
IV.3 Analyse der Workshop-Ergebnisse		42
IV.3.1 Objekte und Schlüsselwörter		42
IV.3.2 Von der Politik zur Wirtschaft und zurück		45
IV.4 Schlussfolgerungen		48
Kapitel V: Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Ergebnissen der Workshops in den drei Territorien		50
Kapitel VI: Empfehlungen		53
Anhang		56
		46

Vorwort

Diese Publikation ist das Ergebnis des Projektes „Was bedeutet Demokratie für mich? Überlegungen in der Grenzregion Dolomiti Live“ und möchte die Leser*innen für das Thema Demokratie und Governance in Grenz- und Berggebieten sensibilisieren. Das Projekt wurde von einer interdisziplinären Gruppe von Wissenschaftler*innen in Zusammenarbeit mit den Lokalen Aktionsgruppen (LAG) Alto Bellunese, Regionsmanagement Osttirol (RMO) und Regionalmanagement Val Pusteria (delegiert von der Bezirksgemeinschaft Pustertal) durchgeführt und von der Interreg V-A Italien-Österreich CLLD Dolomiti Live Kleinprojektaktion der grenzüberschreitenden Strategie Dolomiti Live finanziert.

Hauptziel des Forschungsprojektes war es, die Meinungen und Erfahrungen der Bürger*innen der drei Regionen zum Thema Demokratie zu erheben und eine Diskussion zu diesem Thema anzuregen. Ein zentrales Element des Projektes war die Organisation einer Reihe von Workshops in den drei Grenzgebieten, um den Bürger*innen und den lokalen Verwaltungen die Möglichkeit zu geben, sich über ihre Sichtweise der Demokratie auszutauschen. Die Projektergebnisse zeigen Gemeinsamkeiten ebenso wie Unterschiede in der Wahrnehmung von Demokratie sowie der lokalen Verwaltung in den verschiedenen Gemeinden des Grenzgebiets auf.

Das Forschungsprojekt wurde zwischen 1. Januar 2021 und 31. Oktober 2022 (Berichtslegung) durchgeführt und gliederte sich in folgende Phasen: Sondierungsstudie und bibliografische Recherche, Datensammlung und -analyse sowie Rückgabe der Arbeit an die Bürger*innen des Grenzgebiets mit einer Initiative am 22. September 2022 im Rahmen der jährlichen Kampagne zum Tag der Europäischen Zusammenarbeit.

Konkret wurden im Rahmen des Projektes Antworten auf folgende Fragen gesammelt: Wie lautet Ihre persönliche Definition des Begriffs Demokratie? Ist Ihrer Meinung nach die Demokratie heutzutage in Gefahr? Haben Sie sich jemals Sorgen um die Demokratie in Ihrem Land gemacht? Gibt es Ihrer Meinung nach ein besseres System als die Demokratie? Wenn Sie die Möglichkeit hätten, das derzeitige demokratische System zu verändern, wie würden Sie es ändern? Was wünschen Sie sich für unsere (lokale) Demokratie? Interessieren Sie sich für (lokale) Politik? Welche Themen konkret? Und warum oder warum nicht? Mit wem besprechen Sie diese Themen? Wie könnte der politischen Entfremdung entgegengewirkt werden? Welche Rolle könnten Sie in der lokalen Politik oder als Bürger*in in der Region Dolomiti Live spielen?

Die vorliegende Veröffentlichung fasst die Antworten auf diese Fragen in acht Gemeinden – Abfaltersbach, Hopfgarten und Leisach in Osttirol sowie Innichen, Bruneck und Mühlwald in Südtirol sowie Comelico-Sappada und Centro Cadore im Alto Bellunese – zusammen, und kontextualisiert und vergleicht sie mit den sozioökonomischen Merkmalen sowie der lokalen politischen Dynamik in den drei Grenzregionen. Die Primärdatenerhebung fand im Juli, August und September 2021 statt und stellt eine Momentaufnahme dar, die für die verschiedenen Kontexte spezifisch ist.

Verantwortlich für die wissenschaftliche Ausarbeitung des Forschungsplans, seine detaillierte Gestaltung sowie für die Durchführung dieses Projekts – einschließlich der Analyse der Primärdaten und der Abfassung des Textes – sind die Autor*innen dieser Veröffentlichung. Ein besonderer Dank gebührt jedoch mehreren Personen:

Für die in Südtirol durchgeführten Arbeiten danken wir Anna Wolf – mitverantwortlich für die Durchführung der semistrukturierten Interviews in der explorativen Studienphase und für die Organisation und Durchführung der Workshops – und Michael Fliri – mitverantwortlich für die Durchführung der Workshops, die Auswertung der gesammelten Daten und den Südtiroler Teil dieser Veröffentlichung. Unser Dank gilt außerdem Petra Malfertheiner, Theresia Morandell und Günther Rautz für ihre Hilfe bei der Moderation der Diskussionsrunden.

Für den Osttiroler Projektteil danken wir Gina Streit vom Regionsmanagement Osttirol, die uns mit ihrem unermüdlichen Engagement ebenso zur Seite stand wie als Moderatorin. Weiters danken wir den Bürgermeister*innen der Gemeinden Abfaltersbach, Hopfgarten und Leisach sowie unseren Moderator*innen, die einen wesentlichen Anteil am Projekt hatten: Chryselda Pedarnig (auch für die Transkription der Gesprächsrunden), Margit Moser, Elisabeth Hainzer und Susanne Erhart (ebenfalls für die Ko-Konzeption des Projekts).

Für die Arbeiten am Projektteil Alto Bellunese danken wir Iolanda Da Deppo für ihre immer hilfreiche Unterstützung und dafür, dass sie stets bereit war, die Forschungsergebnisse zu diskutieren. Weiters danken wir Gianni Belloni und Caterina Bragantini für die exzellenten Workshop-Moderationen. Schlussendlich gebührt unser Dank Mariachiara Franco für die Organisation der Workshops und die logistische Unterstützung zu den jeweiligen Projektphasen, einschließlich der in der Vorphase durchgeführten Interviews.

Auch möchten wir uns bei den Mitarbeiter*innen der Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) Alto Bellunese, Regionsmanagement Osttirol und Regionalmanagement Pustertal (delegiert von der Bezirksgemeinschaft Pustertal) für die Unterstützung bei der Umsetzung dieses Projektes bedanken, das in einer schwierigen sozialen Zeit stattgefunden hat, mitten in der SARS-CoV-2-Pandemie.

Ein ganz besonders herzliches Dankeschön gebührt abschließend allen Teilnehmer*innen unserer Diskussionsrunden und jenen, die diese dabei verköstigt haben.

Bozen/Cadore/Lienz, 20. September 2022

Dr. Elisabeth Alber, Eurac Research, Institut für Vergleichende Föderalismusforschung

Dr. Daniela Ingruber, Universität für Weiterbildung Krems

Dr. Antonio Vesco, Universität Catania

Kapitel I: Einleitung

Partizipation und Demokratie scheinen uns oft selbstverständlich zu sein in Anbetracht unserer Kenntnisse über die Entstehung des modernen Verfassungsstaates und des ihm immanenten Demokratieverständnisses. Fangen wir jedoch an, über ihre konkreten Ausformungen nachzudenken und zu diskutieren, d.h. über die Art und Weise, wie wir an einem demokratischen System teilnehmen und teilhaben, stoßen wir bald an unsere Grenzen. Wir haben unterschiedlichste Meinungen dazu, was Partizipation in einer Demokratie bedeutet und wie Demokratie partizipativ gestaltet werden soll. Unbestritten ist: Partizipation und Demokratie sind zwei Seiten einer Medaille. Beteiligung und Teilhabe sind Hauptmerkmale einer Demokratie, der Herrschaft des Volkes, die in mehreren Schritten aus dem Kampf gegen autokratische Machthaber hervorgegangen ist.

Warum ist es wichtig über Partizipation und Demokratie zu sprechen? Die Gründe liegen in den Herausforderungen der modernen Demokratie. Kein demokratisches System kann dem eigenen legitimatorischen Anspruch der Identität zwischen Herrschenden und Beherrschten wirklich gerecht werden, da der Entscheidungsprozess, an dem neben den gewählten Repräsentant*innen die Bürokratie, Expert*innengremien und Interessensvertreter*innen (mit jeweils ungleichen Einflussmöglichkeiten) mitwirken, für die legitimierende Wähler*innenbasis häufig zu undurchsichtig und zu weit entfernt wirken. Die Distanz der Bürger*innen zu Politik und Verwaltung nimmt zu. Politikentfremdung und Politikverdrossenheit sind in aller Munde. Die Mehrheitsregel, der Konfliktregelungsmechanismus repräsentativer Demokratien, befindet sich in einer Krise. Anders ausgedrückt: Regieren nach dem Mehrheitsprinzip stößt aufgrund der Komplexität heutiger Mehrebenensysteme und der aktuellen Herausforderungen an seine Grenzen.

Diese Studie geht auf die Prinzipien von Partizipation und Demokratie ein, indem sie die Kontroversen zu diesen aufzeigt und Fragen hierzu aufwirft. Sie thematisiert Partizipation und Demokratie mit dem Anspruch, Denkanstöße zu liefern. Sie nimmt Bezug auf die Wahrnehmungen und Diskurse zu Partizipation und Demokratie auf lokaler Ebene im alpinen Grenzgebiet Dolomiti Live (Osttirol – Alto Bellunese – Pustertal/Val Pusteria).

Vorrausgeschickt sei, dass es keine allein akzeptierte Lehrmeinung hinsichtlich der Definition von Partizipation und Demokratie oder der Abgrenzung voneinander gibt. Beide zeichnen sich vom philosophischen Ansatz her durch einen diskursiven Prozess der Meinungs- und Willensbildung durch die autonome Öffentlichkeit aus. Eine Öffentlichkeit, die kritisch ist und die aufgrund ihrer multiplen Interessen unterschiedlich auf die Frage der Bedeutung von Demokratie im Alltag antwortet.

Wie wir sehen werden, sind die Diskurse unserer Untersuchung auch von Unzufriedenheit und Misstrauen, Politikverdrossenheit und Politikentfremdung geprägt, und von einer immer weiter verbreiteten Vorstellung, dass demokratische Systeme dem *demos* eher entgegenstehen als ihn zu repräsentieren.¹ In einigen Gesprächen mit unseren Kontaktpersonen, brachen diese Gefühle in offener Wut über das heutige Parteiensystem aus, das als völlig unfähig angesehen wird, die Bürger*innen tatsächlich zu vertreten. Die Ergebnisse dieser Untersuchung scheinen jedoch, um es gleich vorwegzunehmen, in einem gewissen Gegensatz zu der weit verbreiteten Politikentfremdung zu stehen, denn obwohl verschiedene Teilnehmende die Defizite in der Funktionsweise demokratischer Systeme feststellten, versuchten sie in den Diskussionen, diese zugleich zu überwinden bzw. Lösungsansätze für diese zu finden, in der Überzeugung, dass die seltenen Gelegenheiten zur Konfrontation so „konstruktiv“ wie möglich gestaltet werden sollten, wie einige Beteiligte erklärten.



Des Weiteren gab es noch andere Aspekte, die die Gespräche in den Workshops prägten: Aspekte, die nur auf den ersten Blick unpolitisch und belanglos erscheinen; Aspekte, die nämlich mit dem konkreten, alltäglichen Funktionieren des Lebens in den lokalen Gemeinschaften verbunden sind; und Aspekte, die mit der Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung und die Zukunft der jeweiligen Gemeinden/Täler zu tun haben.

¹ Schon im Jahr 2008 beklagte Colin Crouch in seinem Buch „Postdemokratie“ eben dieses Phänomen.

Politisches Interesse und Enttäuschungen hängen natürlich auch sehr von den Eigenheiten der Gebiete und der politischen Strukturen auf lokaler Ebene ab, und mit der Art und Weise, wie die Demokratie vor Ort verstanden und praktiziert wird. Unter diesem Gesichtspunkt bilden Comelico und Centro Cadore keine Ausnahme und zeigen eine Vielfalt von Einstellungen zum demokratischen Leben, die mit den geografischen, politischen, sozialen und kulturellen Besonderheiten dieser Gebiete zusammenhängen. Dasselbe gilt für Bruneck, Innichen und Mühlwald (Pustertal) sowie Hopfgarten, Leisach und Abfaltersbach (Osttirol).

Die Art und Weise, wie Demokratie auf lokaler Ebene wahrgenommen wird, hat, wie diese Studie zeigen wird, viel mit den Prozessen der lokalen Identitätsbildung zu tun. Diese sind immer auch das Ergebnis des Vergleichs mit (und der Abgrenzung von) den Nachbargebieten. Teilnehmende am Projekt haben ihre Einstellungen und Lebensräume mit jenen der umliegenden Gebiete verglichen, nachdem sie über die drei am Interreg-Projekt beteiligten Gebiete informiert worden waren. Teilnehmende im Alto Bellunese haben ihre Situation vor allem mit dem Pustertal und in geringerem Maße mit Osttirol in Vergleich gesetzt, während im Fall von Comelico ebenfalls häufig Vergleiche mit Carnia angestellt wurden. Die von den Einwohner*innen von Comelico und Centro Cadore gezeigte Selbstwahrnehmung des lokalen politischen Lebens wurde daher auch im Lichte der weit verbreiteten Tendenz interpretiert, die eigene territoriale und politische Identität ausgehend vom Vergleich mit den umliegenden Gebieten zu konstruieren. Dabei zeichnete sich die Neigung ab, dass sie die umliegenden Gebiete als leistungstärker betrachteten.

Dieser Forschungsbericht besteht aus sechs Kapiteln. Dieses erste Kapitel hat auf den theoretischen Rahmen hingewiesen. Diesem folgt das zweite Kapitel, das die Ergebnisse der Datenerhebung im Pustertal zur Diskussion stellt. Kapitel drei und vier zeichnen die Ergebnisse in Osttirol und dem Alto Bellunese nach. Jedes gebietsbezogene Kapitel geht eingangs auf einige demographische, politische und soziale Aspekte des untersuchten Gebiets ein, um die Ergebnisse zu verorten. Dem folgen Abschnitte zur Methode, zur Umsetzung des Projekts und zu den Ergebnissen der durchgeführten Workshops. Die Schlussfolgerungen in den gebietsbezogenen Kapiteln fassen die wichtigsten Ergebnisse für jedes Gebiet individuell zusammen und dienen als Ausgangspunkt für die vergleichenden Schlussbemerkungen im fünften Kapitel, in dem die Elemente der Kontinuität und Diskontinuität, die sich in den drei Gebieten des Projekts Dolomiti Live herauskristallisiert haben, analysiert werden. Das sechste Kapitel enthält Empfehlungen, die für alle Gebiete gelten, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß. In einem Anhang werden zudem die Ausgangsfragen der Workshops skizziert.

Kapitel II: Projektdurchführung und Ergebnisse im Pustertal

II.1 Geografische und soziographische Merkmale

Als flächenmäßig größte der sieben Südtiroler Bezirksgemeinschaften umfasst das Pustertal eine Fläche von rund 2.068,59 km², die sich auf 26 Gemeinden verteilt. Das inneralpine Längstal erstreckt sich im Westen von der Mühlbacher Klause bis zur Lienzer Klause im Osten. Im Norden grenzt das Pustertal an die österreichischen Bezirke Tiroler Unterland und Pinzgau-Pongau an, im Osten an Osttirol (wo sich das Pustertal entlang der Drau verlängert), im Süden an die italienische Autonome Provinz Trient und die Region Venetien und im Westen an die Südtiroler Bezirksgemeinschaften Wipptal und Eisacktal.

Bei einer Gesamtfläche von 2.068,59 km² ergibt sich für die Bezirksgemeinschaft Pustertal eine durchschnittliche Bevölkerungsdichte von 39,3 Einwohner*innen pro km². Die meisten peripheren Gemeinden des Pustertals weisen jedoch eine Dichte von weniger als 25 Einwohner*innen pro km² auf. Die durchschnittliche Dichte schwankt demnach zwischen etwa 100 Einwohner*innenn pro km² in der Stadt Bruneck und lediglich 6,6 Einwohner*innen pro km² in der Gemeinde Prettau.²

Das Pustertal beheimatet drei Sprachgruppen: Von den 83.371 Einwohner*innen³ ist die überwiegende Mehrheit deutscher Muttersprache (80,48 Prozent), 13,54 Prozent sind ladinischer Muttersprache und die restlichen 5,97 Prozent italienischer Muttersprache.⁴ Wie in Artikel 6 der italienischen Verfassung vorgesehen, gelten besondere Regeln zum Schutz der sprachlichen Minderheiten im Hoheitsgebiet und die Zugehörigkeitserklärung zu einer der drei Sprachgruppen zählt zu diesen. In der Satzung der Bezirksgemeinschaft wird bekräftigt, dass der Schutz der sprachlichen Minderheiten zu den Zielen der Bezirksgemeinschaft selbst zählt (Artikel 8 der Satzung).

Was den Wirtschaftssektor anbelangt, sollte erwähnt werden, dass das Pustertal Sitz einer Vielzahl von Unternehmen der Autonomen Provinz (etwa 15 Prozent) ist.⁵ Das Herz oder besser gesagt der Motor der Pustertaler Wirtschaft ist aber zweifelsohne der Tourismus. Von den rund 6 Millionen Tourist*innen, die jedes Jahr nach Südtirol strömen, zieht es etwa 28 Prozent ins Pustertal,⁶ welches über 3.330 Beherbergungsbetriebe und mehr als 70.000 Betten verfügt.⁷ Es handelt sich um eine einzigartige touristische Destination, welche im Gegensatz zu anderen

² Siehe: <https://www.comunitacomprendorialevallepusteria.it/de/Regionalentwicklung/Regionalentwicklung>

³ ASTAT 2019 [https://astat.provincia.bz.it/downloads/JB2020\(5\).pdf](https://astat.provincia.bz.it/downloads/JB2020(5).pdf)

⁴ ASTAT 2011 [https://astat.provincia.bz.it/downloads/JB2020\(5\).pdf](https://astat.provincia.bz.it/downloads/JB2020(5).pdf)

⁵ Daten des WIFO für die Wirtschaftskammer vom Oktober 2011:

https://www.camcom.bz.it/sites/default/files/uploaded_files/IRE_ricerca_economica/Pubblicazioni/15136_Wirtschaftlichsoziale_demografische_Analyse.pdf

⁶ *Örtlicher Entwicklungsplan Pustertal 2014-2020*:

https://www.provincia.bz.it/agricoltura-foreste/agricoltura/downloads/Ita_LAG_Pustertal.pdf

⁷ Siehe: https://qlikview.services.siaq.it/QvAJAZfc/opendoc_notool.htm?document=Turismo.qvw&host=QVS%40titan-a&anonymous=true

Gebieten Südtirols das ganze Jahr über geschätzt wird. Einzigartige Landschaften wie die Drei Zinnen und der Pragser Wildsee sowie hochmoderne Skianlagen wie der Kronplatz mit seinen 32 Liftanlagen und 119 Pistenkilometern als auch die Tatsache, dass das Gadertal alljährlich den Audi FIS Ski World Cup ausrichtet, treiben diese Tourismusmaschine praktisch zwölf Monate im Jahr an.

Eine der größten Herausforderungen für die Gemeinde- und Landespolitik besteht daher darin, Tourismus und Nachhaltigkeit miteinander zu vereinbaren und teils gegensätzliche Interessen zu jonglieren. Dies wurde in den letzten Jahren, in denen das Bewusstsein für „grüne“ Technologien und einen bewussteren Lebensstil gestiegen ist, immer relevanter.

Neben diesen Herausforderungen gibt es noch weitere, die von fast allen Peripheriegebieten des südalpinen Raums geteilt werden. Zu diesen zählen insbesondere die Abwanderung junger und gut ausgebildeter Menschen, die es in die dynamischeren städtischen Zentren zieht;⁸ Herausforderungen, welche sicherlich keine geografischen Grenzen kennen und die von den Gebieten, die das CLLD Dolomiti Live-Gebiet bilden, in dem die Workshops stattfanden, geteilt werden.

Dies sind einige der Themen, die, wie sich zeigen wird, den Alltag der Talbewohner*innen und Teilnehmer*innen der Workshops maßgeblich beeinflussen. Dies zeigt sich ebenso, wenn wir über abstrakte und vermeintlich allgemeine Begriffe wie Demokratie und die verschiedenen Formen der Bürger*innenpartizipation sprechen.

Aus rechtlicher Sicht genießen die italienischen Gemeinden Satzungsautonomie (Gesetz Nr. 142 von 1990). Die Gemeindegesetze enthalten die grundlegenden Regeln für die Organisation der öffentlichen Körperschaften und ihr Inhalt ist teilweise, soweit es sich um Südtiroler Gemeinden handelt, vom Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol (Regionalgesetz Nr. 2 vom 3. Mai 2018) vorgeschrieben. Unter anderem ist darin vorgesehen, dass die Satzung außerdem die Formen der Bürgerbeteiligung regelt (Art. 5 c. 5 Regionalgesetz 2/2018). Besonderes Augenmerk wird auf die Beteiligung junger Menschen gelegt, die kein Wahlrecht besitzen. Die Hoffnung ist, dass diese auf diese Weise besser in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden können.⁹ Eine Analyse der Gemeindegesetze im Pustertal ergab, dass alle Gemeinden zumindest die *Möglichkeit* vorsehen, einen Jugendbeirat in der Gemeinde einzurichten. Manchmal¹⁰, auch wenn dies nicht die Regel ist, werden die Mitglieder dieser Ausschüsse von den minderjährigen Jugendlichen selbst gewählt und können für diese einen ersten Kontakt mit der Welt der Politik darstellen. Eine andere Art von Gremium, das im Statut vorgesehen werden kann, ist der Seniorenbeirat, welche 21 der 26 Pustertaler

⁸ Regional Management LAG Pustertal 2019, *BLEIBEN, KOMMEN UND RÜCKKEHREN FÖRDERN Handlungsleitfaden zur Entwicklung des SÜD ALPEN RAUMS*, einsehbar unter: <https://www.rm-pustertal.eu/de/news/2021-07-08/bleiben-kommen-rueckkehren-foerdern>

⁹ „Das Gesetz sieht Formen der Beteiligung von Minderjährigen vor, um einen Beitrag zu einer altersgerechten Kommunalpolitik zu leisten, ihre Beteiligung an sie betreffenden Projekten anzuregen und zu ermöglichen.“ Art. 5 c.5 L.r. n. 2/2018

¹⁰ Wie zum Beispiel in Bruneck/Brunico: siehe Satzung der Stadt Bruneck/Brunico Art. 61 c.2

Gemeinden in ihren Satzungen vorsehen. In jedem Fall haben sowohl die Jugendbeiräte (manchmal steht an ihrer Stelle der Ortsjugendring) als auch die Seniorenbeiräte eine rein beratende Funktion und ihre Empfehlungen sind nie verbindlich. Ihr Ziel ist ein anderes: die Beteiligung von nicht-politischen Akteur*innen zu fördern und bestimmte Gruppen von Bürger*innen (Jugendliche und ältere Menschen, außerhalb des Pustertals und in Großstädten oftmals auch Nicht-EU-Bürger*innen) stärker einzubinden.

II.2 Die Workshops



II.2.1 Örtlichkeiten

Im August 2021 wurden im Pustertal drei Workshops organisiert. In Absprache mit dem Regional Management des Vereins „Lokale Aktionsgruppe Pustertal“ wurden mit Innichen (25. August), Mühlwald (26. August) und Bruneck (27. August) drei Gemeinden mit unterschiedlichen Herausforderungen ausgewählt.

Innichen ist als Grenzgemeinde an der Grenze zu Osttirol mit allen Problematiken konfrontiert, die für die Verwaltung in Grenzgebieten typisch sind.¹¹ Dies spiegelte sich auch in den Workshops wider, wie gleich gezeigt werden wird. Mühlwald wiederum nimmt auch geografisch

¹¹ Siehe Elisabeth Alber, Alice Engl, Greta Klotz, Ingrid Kofler 2019, *Grenzüberschreitende Governance und Bürgernähe Die Rolle der Grenzgemeinden in der Euregio Tirol-Südtirol-Trentino*, Eurac Research, Eurac Book, einsehbar unter: <https://bia.unibz.it/esploro/outputs/book/Grenzuberschreitende-Governance-und-Burgernahe-Die-Rolle/991005772765601241>

eine Sonderstellung im Pustertal ein. Im kleinen Ahrntal gelegen, weit weg von den Haupttransitrouten, steht es vor ganz anderen Herausforderungen als die städtischen Gebiete Südtirols. Der Bevölkerungsrückgang ist eine der größten Herausforderungen für die Gemeindepolitik. Hinzu kommt eine große Zahl an Pendler*innen, die morgens das Tal verlassen und abends wieder zurückkehren. Diese Probleme wurden durch gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung des Bevölkerungsrückgangs und zur Wiederbesiedlung der betreffenden Gebiete angegangen.¹² Als Ort des letzten Workshops wurde schließlich die historische Hauptstadt des Pustertals gewählt: Bruneck, das mit seinen knapp 17.000 Einwohner*innen¹³ eine Kleinstadt ist und schon aus diesem Grund mit völlig anderen Problemen zu kämpfen hat als die vorherigen Orte. Wie in Innichen stellt auch in Bruneck der Tourismus die treibende Kraft der Wirtschaft dar, was vor allem im August, als die Workshops organisiert wurden, nur allzu deutlich erkennbar war.

Die Auswahl der Austragungsorte war somit alles andere als zufällig. Die Orte, an denen die drei Workshops stattfanden, liegen zwar nicht mehr als 60 Autominuten voneinander entfernt (sofern der Verkehr dies zulässt), haben aber alle drei ihre Eigenheiten und hätten nicht unterschiedlicher sein können.

II.2.2 Vorbereitungen auf die Workshops

Als Vorbereitung auf die Workshops wurden zunächst Informationen über bereits durchgeführte oder aktuell laufende Projekte zum Thema Demokratie im allgemeinen und insbesondere Formen der partizipativen Demokratie im Tal gesammelt. Es gibt eine ganze Reihe solcher Projekte, wobei die meisten die Dorfplanung der einzelnen Gemeinden sowie die Nutzung alter und in Vergessenheit geratener Gebäude betreffen. So gab es zum Beispiel, um nur zwei Beispiele zu nennen, ein großes Projekt zur Ortsbildgestaltung und Dorfverschönerung in den Gemeinden Olang, Toblach, Niederdorf, Wengen und Pfalzen und eines zur Nutzung der alten Finanzkaserne St. Peter, die beide von den Bürger*innen sehr gut angenommen wurden. Die schiere Anzahl der durchgeführten Projekte zeigt, dass dem Pustertal neue partizipative Methoden und Ansätze, um die lokale Bevölkerung stärker einbeziehen, nicht fremd sind.

Dies spiegelt sich auch in den zehn semistrukturierten Interviews wider, welche von Eurac Research wiederum in Vorbereitung auf diese Workshops durchgeführt wurden. Die Interviews wurden mit einer Reihe von Personen geführt, die aktiv an diesen Projekten beteiligt waren (meist handelte es sich dabei um die Organisator*innen) und sich freundlicherweise die Zeit nahmen, unsere Fragen zu beantworten. Die Interviewpartner*innen bestätigten uns unter anderem, dass diese Projekte von den Bürger*innen sehr gut angenommen und geschätzt

¹² Siehe. LEADER-Projekte.

¹³ ISTAT 2021: <https://www.tuttitalia.it/trentino-alto-adige/54-brunico/statistiche/popolazione-andamento-demografico/>

werden. Die Interviews zeigten aber auch, dass eine der Befürchtungen und Hauptmotivationen der Organisator*innen dieser Veranstaltungen darin besteht, dass im heutigen politischen System eine relativ große Kluft zwischen den auf politischer Ebene getroffenen Entscheidungen und den von der Gemeinschaft empfundenen Bedürfnissen besteht. Diese Projekte, die alle einen *bottom-up*-Ansatz verfolgen, zielen darauf ab, dieses vermeintliche Demokratiedefizit zu beseitigen. Den Organisator*innen zufolge können sie auch ein Mittel sein, um Spaltungen in der Gesellschaft zu bekämpfen – nicht nur (aber auch) zwischen den verschiedenen Sprachgruppen, die immer noch teilweise voneinander getrennt leben. Solche Projekte stellen eine Gelegenheit für die verschiedenen Gruppen dar, gemeinsam an etwas zu arbeiten, das sie alle betrifft – die *res publica*. Mehrmals und von verschiedenen Seiten wurde uns gegenüber bekräftigt, dass man hofft, dass diese Initiativen die Regel werden und nicht mehr nur die Ausnahme bilden. Diese Projekte ermöglichen es allen, eine Stimme zu haben, auch denjenigen, die oftmals kein entscheidendes Gewicht in der Gemeinschaft haben. Denn leider, so sagt man uns, hört die Politik meist nur auf diejenigen, die am lautesten schreien. Auf diese Weise können jedoch, wie es sich für eine Demokratie gehört, Entscheidungen gemeinsam getroffen werden.

II.2.3 Aufbau

Die Workshops, die unter dem Titel DEMOCRACY APERITIF/VO und dem Slogan „Demokratie leben, Partizipation denken – WIE, WO, WARUM?“ stattfanden, liefen alle wie folgt ab: In den verschiedenen Räumen, die uns von den Projektpartner*innen, den Gemeindeverwaltungen und der Raffeisenkasse Bruneck zur Verfügung gestellt worden waren, wurden jeweils runde oder ovale Diskussionstische aufgestellt.



Nach dem Eintreffen und der anschließenden Registrierung der Teilnehmer*innen wurden diesen nach einer kurzen Einführung von Seiten des Projektteams nach dem Zufallsprinzip und mit dem Ziel, die verschiedenen Teilnehmer*innengruppen zu mischen, ein Tisch zugewiesen. An jedem Tisch leitete ein*e Moderator*in diesen lockeren Gedankenaustausch nach dem vom Projektteam erstellten Schema und Leitfragen (siehe Anhang).

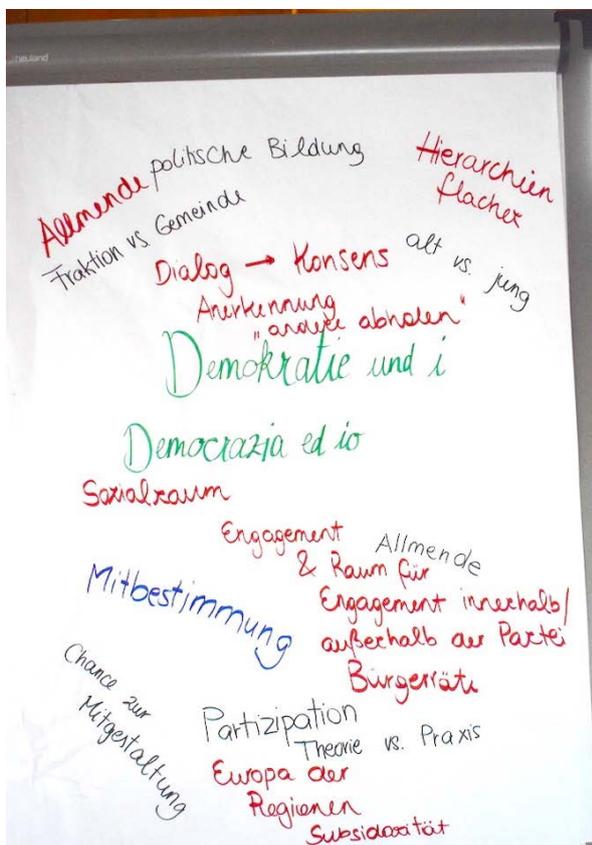


Sobald die Teilnehmer*innen Platz genommen hatten, wurden sie gebeten, einen Gegenstand vorzustellen, den sie mit dem Schlagwort „Demokratie“ in Verbindung bringen und den sie gebeten waren mitzubringen. Diejenigen, die keinen Gegenstand mitgebracht hatten, konnten zum selben Zweck einen imaginären Gegenstand vorstellen. Diese Objekte waren der Ausgangspunkt für die Diskussion an jedem Tisch. Wie wir gleich zu erläutern versuchen werden, gibt es trotz der sozioökonomischen Unterschiede zwischen den verschiedenen Orten eine gewisse Kontinuität bei der Auswahl der Objekte.



Nachdem die einzelnen Tischgespräche nach 60-90 Minuten abgeschlossen waren, wurden die Teilnehmer*innen zusammengeführt und es fand ein Austausch über das gerade gemeinsam Erarbeitete statt (30 bis 45 Minuten). Nach diesem Ideen- und Informationsaustausch, der noch einen leicht formalen Rahmen hatte und von den Veranstaltungsorganisator*innen geleitet wurde, wurde ein kleines Buffet eröffnet, das freundlicherweise von den Projektpartner*innenzur Verfügung gestellt worden war. In dieser letzten Phase der Veranstaltung wurde der Gedanken- und Informationsaustausch noch etwa 60 Minuten lang in einem eher informellen Rahmen fortgesetzt und der Abend ausklingen gelassen.

II.3 Analyse der Workshop-Ergebnisse



Ausgehend von jenen von den Teilnehmer*innen mitgebrachten Gegenständen lässt sich, wie bereits zuvor erwähnt, ein Leitmotiv erkennen. Zahlreiche Personen brachten Gegenstände mit, die mit dem Konzept der repräsentativen Demokratie in Verbindung stehen. Zu jener Kategorie von Gegenständen zählen: ein Bleistift bzw. ein Kugelschreiber (jeweils als Mittel um eine Stimme abzugeben); ein Wahlausweis; ein Parteiausweis und eine Krawatte (symbolisch für den formellen Kleidungsstil von Politikern). Die von den Teilnehmern*innen angegebene Motivation für den Gegenstand ihrer Wahl war ebenfalls oft ähnlich: Demokratie, so wurde uns erklärt, ist Beteiligung an der Entscheidungsfindung, und im derzeitigen politischen System wird diese Beteiligung – indirekt – von den gewählten Vertreter*innen gewährleistet.

Einige Teilnehmer*innen hingegen distanzieren sich von diesem Modell der repräsentativen Demokratie und legen mehr Wert auf die individuelle Dimension. Einige brachten „sich selbst“ oder „ihren eigenen Mund“ mit, denn für sie wird Demokratie nicht indirekt, durch gewählte Vertreter*innen, sondern durch die Beteiligung der/s Einzelnen, des Ichs – in der ersten Person – erreicht, ganz im Sinne des Mottos des Abends: „Demokratie und i“.

Diese Teilnehmer*innen wollten in ihren Beiträgen betonen, wie wichtig es ist Ideen auszutauschen, sich Gehör zu verschaffen und die Entscheidung wichtiger Fragen nicht einfach „anderen“ zu überlassen, auch wenn diese demokratisch gewählt wurden. Einer der wesentlichen Kritikpunkte an der repräsentativen Demokratie war die Tatsache, dass zwischen den Wahlen zu viel Zeit vergeht und es keine einfache Möglichkeit gibt, denjenigen das Vertrauen zu entziehen, die es geschafft haben sich einen Sitz zu „ergattern“. Ein aussagekräftiges, quasi Sinnbild für diese Skepsis gegenüber einer politischen „Klasse“, die als bürgerfern angesehen wird, ist das von einem der Teilnehmer mitgebrachte (ausgedruckte) Bild „Die vierte Gewalt“ von Giuseppe Pellizza da Volpedo, das für seine Verwendung von Seiten der Gewerkschaftsbewegungen berühmt ist.



Es scheint wenig Zweifel daran zu geben, dass es in jeder Form der Demokratie, sei es nun eine rein repräsentative Demokratie oder eine Demokratie nach dem „Schweizer Modell“, Raum für Diskussionen geben muss. Dieser Raum, von dem gesprochen wurde, hat in den Diskussionen manchmal eine physische Konnotation – so wurde beispielsweise behauptet, dass ein wirklicher Dialog nur im Gasthaus, dem traditionellen und für Südtirol typischen Treffpunkt stattfindet – aber es ist heute nicht mehr vorstellbar, diese Diskussion rund um den Ort des

Gedankenaustauschs auf einen physischen Ort zu beschränken: Soziale Netzwerke, das Internet und die Plattformen der neuen Generation sind in jeder der drei Gemeinden, in denen die Workshops stattfanden, ein heiß debattiertes Gesprächsthema. Die einen sehen sie als Chance, als ideales Instrument, um jedem Bürger und jeder Bürgerin eine Stimme zu geben bzw. der Stimme eines jeden Menschen Gehör zu verschaffen, egal wo auch immer er oder sie sich heute in der Welt befindet – die anderen hingegen stehen ihnen eher skeptisch gegenüber. Man stößt nicht nur auf positive Kommentare und Vertrauen, so wie es schon bei den gewählten Vertreter*innen der Fall war. Es gibt Bedenken darüber, wer diese freie Meinungsäußerung wirklich kontrolliert und wie gefährdete Personen – insbesondere Kinder und Jugendliche – im virtuellen Raum geschützt werden können.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung lässt sich leicht mit der Pressefreiheit in Verbindung bringen und auch darüber wurde an jedem der drei Standorte – mitunter lebhaft – diskutiert. Beide sind grundlegende und verfassungsmäßig garantierte Rechte, und beide scheinen den Teilnehmer*innen gleichermaßen am Herzen zu liegen. Für einige waren gerade die sozialen Netzwerke eine Chance, sich von den Fesseln der lokalen Medien zu befreien, die von einigen Teilnehmer*innen stark kritisiert wurden. In all diesen Gesprächen wurde stets die Bedeutung der vierten Gewalt unterstrichen, welche die essenzielle Aufgabe hat, die Politik in Schach zu halten und den öffentlichen Diskurs zu lenken.

Während die Bedeutung der Demokratie, der Partizipation in all ihren Formen und die Wichtigkeit jedes einzelnen Bürgers und jeder Bürgerin in diesem Prozess immer wieder betont und großgeschrieben wird, wird das Fehlen gerade einer solchen individuellen Partizipation auch häufig bemängelt. Der negative Einfluss der SARS-CoV-2-Pandemie (zu jenem Zeitpunkt noch immer eine offene Wunde) und die daraus resultierende Entfremdung der einzelnen Mitglieder der Gemeinschaft sind noch immer deutlich zu spüren.

Vor allem in Mühlwald, einem malerischen Bergdorf im Ahrntal mit nur rund 1.400 Einwohner*innen, ist dies ein zentrales Diskussionsthema. Dreh- und Angelpunkt des gesellschaftlichen Lebens sind hier auch heute noch die Vereine mit ihrer jahrhundertelangen Tradition. Die Mitgliedschaft in diesen Vereinen stellt noch immer einen Grund des Stolzes dar. Hier hat die SARS-CoV-2-Pandemie besonders tiefe Spuren hinterlassen und es scheint immer schwieriger zu sein, zum Status Quo zurückzukehren und junge Menschen zu motivieren.

Dies ist ein erster Punkt, an welchem die Diskussionsthemen auseinander zu gehen scheinen. Die Thematiken, die angeschnitten werden, sind nicht immer dieselben und nicht immer sind sie von dem Ort, an dem wir uns befinden, zu isolieren. Während einige Punkte immer wieder im Raum stehen und überall aktuell zu sein scheinen, ist dies nicht bei allen der Fall. Die sozioökonomische Realität der einzelnen Orte, die gerade deshalb ausgewählt wurden, weil sie sich voneinander unterscheiden, hat ebenfalls die Vielfalt der Orte ans Licht gebracht.

Während in dem kleinen Dorf Mühlwald die Vereine im Mittelpunkt stehen, gibt es andere Themen, die beispielsweise nur Innichen und Bruneck betreffen, da jene Ortschaften an der Pustertaler Hauptstraße liegen. Dazu gehören, wie bereits in der Einleitung zu diesem Bericht erwähnt, das Problem des sogenannten *overtourism* und die damit verbundenen Herausforderungen des übermäßigen Verkehrs und der Überlastung des Straßensystems im Allgemeinen. Dies spiegelt sich auch in den Diskussionen während der Workshops wider.



In Innichen scheinen das Problem des Parkplatzmangels, die „grünen“ Alternativen zum Auto und die richtigen Methoden zur Einbeziehung der Bürger*innen in Entscheidungen über die Dorfplanung auf der Tagesordnung zu stehen.

Ähnliche Punkte wurden in Bruneck angesprochen, wo die jüngste Unterschriftensammlung für die „Gadertaler Einfahrt“ als Erfolgsgeschichte bezeichnet wurde. Gleichzeitig gibt es aber auch Kritik an der Methode der Unterschriftensammlung. So wird beklagt, dass diese Methode im Gegensatz zu anderen partizipativen Methoden die Wahlmöglichkeiten der Bürger*innen einschränkt, die sich nur für oder gegen ein bestimmtes Projekt aussprechen können. Auf diese

Weise werden die Nuancen der Demokratie nicht vollständig erfasst. Die Aussage, dass es in der Demokratie nicht darum geht einen Konsens zu finden, sondern eine Mehrheit, taucht immer wieder auf.

Ein weiteres Thema, das in allen drei Workshops angesprochen wurde, war das Thema Jugendliche und Schule. Die Teilnehmer*innen hoffen, dass „politische Bildung“ ein Pflichtfach in allen Mittelschulen oder zumindest Oberschulen werden könnte. Die Demokratie und ihre Werte sollten auch in der Schule gelehrt werden, da sie das Ergebnis der Geschichte sind. Es gibt auch Teilnehmer*innen, die sich darüber beschwerten, dass sich die Schulen zu sehr auf die antike Geschichte konzentrieren und der Neuzeit und den Ereignissen des letzten Jahrhunderts nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird. Laut diesen ist die Kenntnis der jüngsten Ereignisse unerlässlich, um die Welt, in der wir leben, zu verstehen und um „die Demokratie schätzen zu lernen“.

Man ist sich einig, dass die neuen Generationen besser einbezogen werden müssen. In Mühlwald wurden wir darauf hingewiesen, dass es im Gemeinderat keine einzige Person unter 30 Jahren gibt. Das mangelnde Engagement der Jugendlichen wurde aber auch in Bruneck stark kritisiert, diesmal jedoch von einem Teilnehmer, der selbst Politiker ist. Als Reaktion darauf wurde gekontert, dass das derzeitige System der politischen Parteien überholt sei.

Während hier Diskussionsspielraum offen blieb, waren sich jedoch alle einig, dass die Wähler*innen nicht für die Parteien selbst stimmen, sondern für die einzelnen Personen, die sie für vertrauenswürdig erachten. Beim Schlagwort „Politik“ wurden auch das Nichtvorhandensein von „Emotionen“ und der übermäßige Rationalismus der Politiker kritisiert. Die wenigen Male, in denen Emotionen eine Rolle spielen, werde dies von der populistischen Rhetorik auf kontraproduktive Weise ausgenutzt.

Neben dem „Mangel an Emotionen“ wurde die mangelnde Nähe oder vielmehr die Distanz der Politik zur/m Durchschnittsbürger*in kritisiert. Die Teilnehmer*innen wünschen sich eine bürgernahe Politik und auch eine präsentere EUREGIO. Denn Südtirol sei eine kleine Europäische Union mit einer Vielzahl von Sprachen und Kulturen. Ebenso wurde gesagt, dass Südtirol zu jenen Teilen der Welt gehört, in denen wir die Europäische Union und ihren Wert verstehen und schätzen können und sollten.



Zum Teil ähnlich wie die Debatte über die Notwendigkeit von mehr jungen Menschen in der Politik ist auch jene, die den Mangel von Frauen in der Welt der Politik betrifft. Diese sind auch heute noch unterrepräsentiert. „Nur drei der 15 Gemeinderäte in Mühlwald sind Frauen“, beklagte eine der Teilnehmerinnen. Als möglicher Grund dafür wird die Schwierigkeit genannt, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen: ein Thema, das immer noch allzu aktuell scheint und noch immer nicht gelöst wurde. Leider werden die Wahrnehmungen der Teilnehmer*innen auch von den statistischen Daten aus dem gesamten Tal bestätigt. In einigen Gemeinden der Bezirksgemeinschaft liegt der Frauenanteil im Gemeinderat bei nicht einmal 15 Prozent. Zu diesen Gemeinden zählen Bruneck, Enneberg, Percha, Prags, Sand in Taufers und Rasen Antholz. Von den 15 Gemeinden in denen im Jahr 2020 Bürgermeisterinnen gewählt wurden, lag keine im Pustertal.

Konfrontiert man die Teilnehmer*innen der Workshops hingegen mit der Frage, ob sie sich je Sorgen um die Demokratie machen und welche Ängste sie für die Demokratie haben, sieht das Bild wesentlich ermutigender aus. Die Demokratie auf lokaler Ebene – so der allgemeine Tenor – ist derzeit nicht in Gefahr und mehr als solide. Und dies trotz mehrerer, auch teilweise hitziger, Debatten über die Green Pass-Pflicht und die obligatorische Coronaimpfung. Trotz des großen Vertrauens in das derzeitige System sollte man jedoch stets bedenken, dass sich die Situation schnell ändern könne. Die Beispiele, die genannt werden, reichen von den Ereignissen am 6. Januar 2021 in Washington D.C. (Sturm auf das Kapitol) bis hin zur aktuellen politischen Lage in Afghanistan (nur wenige Tage vor der Veranstaltung war die Stadt Kabul in die Hände der Taliban gefallen, wie in allen Nachrichten zu sehen war).

Anschließend fokussierten sich die Gespräche auf jene Länder, in denen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit derzeit in Frage gestellt werden, wie etwa in Ungarn. Demokratie ist auch anstrengend, erinnerten die Anwesenden. Die Demokratie, insbesondere auf europäischer Ebene, bringt zudem eine Reihe von Nachteilen mit sich, wie die Tatsache, dass sie häufig zu einem schwerfälligen bürokratischen Apparat führt. Entscheidungen demokratisch treffen zu wollen bedeutet, auch den manchmal mühsamen Prozess zu akzeptieren, der dafür nötig ist. Trotz allem scheinen sich alle einig zu sein, dass es sich in jedem Fall lohnt.

Die einzige Ausnahme stellt hier der Klimawandel dar. Nach Ansicht der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer*innen ist dies die wichtigste Herausforderung unserer Zeit. Ihrer Meinung nach handelt es sich um eine Herausforderung, die so groß und komplex ist, dass sie gar nicht „von unten“ gelöst werden könne. Während bisher immer der Schwerpunkt der Gespräche auf *bottom-up*-Initiativen, Bürgerbeteiligung und -mitwirkung lag, fordern die Teilnehmer*innen nun „eine Entscheidung von (ganz) oben“, um das Unaufhaltsame zu stoppen.

Es gibt einige, die auf die direkte Frage „Glauben Sie, dass es möglich ist, den Klimawandel mit demokratischen Methoden aufzuhalten?“ mit einem klaren „Nein“ antworten. Paradoxerweise ist die Tatsache, dass der Klimawandel überhaupt von der Politik aufgegriffen worden ist, genau solchen *bottom-up*-Initiativen zu verdanken und scheint im Gegensatz zu anderen Themenbereichen junge Menschen stärker einzubeziehen, wie auch die *Fridays for Future*-Bewegung zeigt.



War bisher die Demokratie, wie angesichts der organisierten Veranstaltung zu erwarten war, der höchste Wert und ein Allheilmittel gegen alle Übel, so wirkt Folgendes negativ auf die Demokratie als höchstem Wert ein: das steigende Misstrauen zwischen den Mitbürger*innen.

Ein letztes und ganz besonderes Objekt, das von den Teilnehmer*innen mitgebracht wurde, verbindet den Begriff der Demokratie mit der Südtiroler Tradition und Kultur und eignet sich sehr gut für den Abschluss dieses Südtirol-spezifischen Teil der Studie. Es handelt sich um eine

Eisenpfanne, in der seit jeher ein typisches Südtiroler Gericht zubereitet wird: das „Muas“ – eine Art weicher Pudding aus Maismehl. Das Besondere an diesem Gericht ist, dass es nicht nur traditionell in einer Eisenpfanne zubereitet wird, sondern direkt von der gesamten Familie aus der Pfanne mit dem eigenen Löffel gegessen wird. In diesem Sinne kann die Demokratie als der Topf gesehen werden, aus dem alle gemeinsam essen, und wo der Respekt gegenüber anderen der Schlüssel zum harmonischen Zusammenleben ist.

Tabelle 1: Objekte (Auswahl) und Begründungen

Krawatte	Repräsentative Demokratie/Politikverdrossenheit
Green Pass	Einschnitt in Grundfreiheiten
Trachtenhemd	Demokratie ist Vielfalt
Notizblock/Heft	Repräsentative Demokratie (Eliten)
Facebook	Vernetzung und Information, aber auch Populismus und Polarisierung
Foto von Griechenland	Ursprung und Inbegriff der Demokratie
Parlamentsbild	Repräsentative Demokratie (in Krise)
Kugelschreiber/Bleistift	Unterschriftensammlung (direkte Demokratie und Petitionen)
Handy	Visibilität/Social Media
Verfassung	Wertekanon
Trinkflasche mit Wasser	Demokratie ist lebensnotwendig
Wahlausweis	Stimmabgabe (Verantwortung)
Brille	Neue Blicke und Perspektiven auf Demokratie sowie Symbol für politische Bildung
Parkuhr	Es ist 5 vor 12! Wir müssen uns für die Demokratie einsetzen!
Veranstaltungskalender	Vereine und Gemeinden als Rückgrat der Demokratie
Mund	Sich beteiligen und Recht auf Meinungsfreiheit
Parteiausweis	Partei als Gestaltungsmöglichkeit von Demokratie
Tampon	Alle Gruppen der Gesellschaft sollen teilhaben können
Muaspfanne	Demokratie ist Teilnahme und Teilhabe aller, alle essen aus derselben Pfanne mit

III.4 Schlussfolgerungen

Schon beim ersten Workshop in Innichen ist die Nähe zur österreichischen Grenze deutlich zu spüren. In der Vergangenheit wurde dieses Thema bereits im Rahmen eines Eurac Research Projekts im Auftrag der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino behandelt. In jenem Projekt wurden mehrere Pilotgemeinden an der Grenze der Europaregion (darunter auch Innichen) untersucht, wobei der Schwerpunkt auf den typischen Herausforderungen grenzüberschreitender Gemeinden lag (siehe Grenzüberschreitende Verwaltung und Bürgernähe). Bereits in dieser Studie zeigte sich, dass die Grenze von den Bürger*innen überwiegend mit positiven Konzepten assoziiert wird.¹⁴ Dasselbe zeigte sich im vorliegenden

¹⁴ Siehe Elisabeth Alber, Alice Engl, Greta Klotz, Ingrid Kofler 2019, *Grenzüberschreitende Governance und Bürgernähe Die Rolle der Grenzgemeinden in der Euregio Tirol-Südtirol-Trentino*, Eurac Research, Eurac Book,

Projekt. Auch hier ging es um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die neuen Herausforderungen durch die SARS-CoV-2-Pandemie und damit vor allem um die Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich. Neben der allgemeinen Abriegelung scheint sie auch durch die Tatsache beeinflusst worden zu sein, dass genau diese Grenzen, die lange Zeit nicht mehr existierten, (teilweise) wieder errichtet worden sind.

Was Mühlwald betrifft, so spiegeln die empirischen Daten weitgehend die Ergebnisse einer sozioökonomischen und demografischen Analyse wider, die das Institut für Wirtschaftsforschung (IRE) im Auftrag der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen im Jahr 2011 durchgeführt hat. In diesem Bericht wurden die Gemeinden der Autonomen Provinz Bozen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur sowie ihrer demografischen Entwicklung in sieben Kategorien eingeteilt. Dabei wurde Mühlwald, zusammen mit zwölf (von 116) anderen Südtiroler Gemeinden, in die letzte und schwächste Kategorie eingestuft, die eine sehr hohe Zahl von Pendler*innen (84,7 Prozent zwischen 2007 und 2009) aufweist, obwohl die Arbeitslosenrate relativ niedrig ist (2,7 Prozent; Daten von 2001). Folgerichtig wird im Lokalen Entwicklungsplan der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Pustertal 2020 darauf hingewiesen, dass der Hauptgrund für das festgestellte Pendeln sicherlich die Beschäftigungssituation ist. Die Entfernung zu den Haupttransitstrecken wirkt sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung des Seitentals aus und verschlechtert die Möglichkeiten, dort einen Arbeitsplatz zu finden. Wie bereits erwähnt, zeigen die Diskussionen während des hier vorgestellten Projekts, dass die Angst, dass das Dorf „sterben“ könnte, in den Köpfen der Teilnehmer*innen immer noch präsent ist – obwohl die Herangehensweise an das Thema, wie auch die gesamte Veranstaltung, positiv war.

In Bruneck bestätigt sich, was eingangs gesagt wurde, nämlich dass die Mobilität nach wie vor eine der größten Herausforderungen für das Pustertal und im Besonderen die Stadt Bruneck ist. Das Gleiche gilt für die Problematik des Klimawandels, mit der sich auch das neue, der nachhaltigen Mobilität gewidmete Forschungszentrum NOI Techpark Bruneck befassen wird, das sich im Gegensatz zu seinem Bozner Pendant ganz der Mobilität von morgen widmen wird.¹⁵ Darüber hinaus erhofften sich einige eine bürgernähere Politik durch eine bewusste Aufwertung der Rolle der Fraktionen – wiederum eine Thematik die vor allem größere Ortschaften oder Städte betrifft.

einsehbar unter: <https://bia.unibz.it/esploro/outputs/book/Governance-transfrontaliera-e-vicinanza-ai-cittadini-Il-ruolo-dei-comuni-di-confine-nellEuregio-Tirol-Adige-Trentino/991005772699401241>

¹⁵ Siehe: https://www.ansa.it/trentino/notizie/2022/04/04/noi-techpark-a-brunico-apertura-prevista-fra-un-anno_96683868-32e2-4110-9035-41341aaa9d4c.html

Kapitel III: Projektdurchführung und Ergebnisse in Osttirol



III.1 Geografische und soziographische Merkmale

Osttirol kann als eine Exklave betrachtet werden, auch wenn das selten ausgesprochen wird – und damit ist schon sehr viel darüber gesagt, wie Osttirol von außen wahrgenommen wird, vor allem aber wie die Osttiroler*innen sich selbst wahrnehmen. So gibt es eine große Reihe an Klischees über die vermeintlichen Charakterzüge der etwas abgeschieden lebenden Osttiroler*innen, über ihr angeblich ständiges Jammern, so abgeschnitten von Nordtirol zu sein, während sie von sich selbst sagen, nur dann in die Landeshauptstadt Innsbruck zu fahren, wenn es um einen Krankentermin oder um ein Vorsprechen bei einem Amt – also stets um negativ besetzte Termine – gehe. Wie weit diese Stereotypen das eine oder andere Fünkchen an Wahrheit beinhalten, war nicht Teil dieser Studie, doch wurden diese Klischees direkt und indirekt immer wieder in den Diskussionsrunden (vorwiegend bei abgeschaltetem Aufnahmegerät beim Buffet) erwähnt. Grund für die Trennung ist die Dreiteilung Tirols nach dem Ersten Weltkrieg. Seitdem Südtirol ein Teil Italiens wurde, ist Osttirol nur noch über ein anderes Bundesland oder über zwei Grenzübertritte nach und von Italien erreichbar. Was seit dem EU-Beitritt Österreichs immer weniger Rolle spielt, hat mit seinen politischen Folgen die Staaten Italien und Österreich das gesamte 20. Jahrhundert hindurch beschäftigt. Erst spät kehrte Ruhe ein. Wirtschaftlich sowie kulturell sind die Verbindungen mit Südtirol, insbesondere mit den Grenzgemeinden Innichen und Toblach nach wie vor sehr deutlich und werden auch immer mehr für grenzüberschreitende Projekte genutzt. Dieses Forschungsprojekt ist einerseits eine Folge dessen und zugleich ein Beweis dafür.

Osttirol, das gleichzusetzen ist mit dem Bezirk Lienz, ist 2.020 km² groß und damit der größte Bezirk Tirols, allerdings nicht der bevölkerungsreichste. Anfang des Jahres 2022 lebten 48.818 Einwohner*innen im Bezirk, der aus 33 Gemeinden besteht. Wirtschaftlich ist zwar viel die Rede vom Tourismus, doch spielt dieser keine ganz so große Rolle, wie man vermuten dürfte, wenn man über die Grenze, auf den Südtiroler Teil des Pustertals blickt. Wirtschaftlich relevanter sind größere Unternehmen im Metall- und Elektrobereich sowie die Holzindustrie und die Dienstleistungsbetriebe.

Viele der in Osttirol angebotenen Jobs setzen keine langen Ausbildungszeiten voraus, das bedeutet, dass es umgekehrt betrachtet für besonders gut ausgebildete Personen nicht ausreichend zur Verfügung stehende Jobs gibt. In der Folge kehren viele nach ihrem Studium oder anderen Ausbildungen nicht mehr nach Osttirol zurück – oder tun das nur in Form eines Zweit- oder Alterswohnsitzes. Insofern stellt eine der großen Herausforderungen für die Osttiroler Gemeinden die auch im Kapitel Südtirol besprochenen Einwohner*innenzahlen dar. So war der Bezirk Lienz im Jahr 2014 der einzige Tiroler Bezirk mit einem Bevölkerungsschwund. Dieser Trend hat sich fortgesetzt, die Zahlen sinken ständig. Im Jahr 2001 lebten noch mehr als 50.000 Personen in Osttirol, 20 Jahre später sind es fast 2.000 Personen weniger.¹⁶ Die konstante Abwanderung vor allem junger Menschen sorgt für Kopfzerbrechen und die einzelnen Gemeinden versuchen dem Problem mit unterschiedlichen Methoden (Wohnbau und Förderungen, Glasfaserkabel, Angebote für die Ansiedlung von KMUs und größeren Betrieben etc.) entgegenzuwirken. Aufgrund fehlender größerer Städte in der näheren Umgebung wirkt sich zudem der in anderen Gebieten Österreichs zunehmende Trend, in kleinere Ortschaften zu ziehen und damit die Landflucht zu stoppen, zumindest aktuell noch nicht aus.¹⁷

Sozialökonomisch relevant – und ebenfalls in den Gesprächsrunden häufig thematisiert – ist der Umstand, dass Frauen in Osttirol noch immer hauptsächlich in Teilzeit tätig sind,¹⁸ auch wenn immer mehr den Schritt wagen, ihr eigenes (Klein-)Unternehmen zu gründen. Zwar übernehmen Frauen zunehmend in der Öffentlichkeit sichtbare Berufe, etwa in der Wirtschaft sowie in der Politik, doch täuscht diese Sichtbarkeit einiger weniger Frauen – während der Großteil in klassisch weiblichen Berufen und Positionen tätig ist. Hier wird sichtbar, dass insgesamt das Zusammenleben nach wie vor relativ stark traditionell beeinflusst wird und sich bloß schrittweise ändert. Die SARS-CoV-2-Pandemie war diesbezüglich keine (feministische) Hilfe, denn auch wenn es derzeit viele freie Arbeitsplätze gibt und die Arbeitslosigkeit im Bezirk deutlich gesunken ist,¹⁹ bleiben viele junge Frauen in Teilzeit oder ganz zuhause, während andere überhaupt wegziehen.

¹⁶ Siehe: Land Tirol: Statistik 2022, Osttirol. https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/statistik-budget/statistik/downloads/Regionsprofile/Stat_profile/nuts3/Osttirol.pdf

¹⁷ Lobe, Adrian: Stadtflucht: Wer braucht noch Orte? in: <https://www.derstandard.de/story/2000136427260/stadtflucht-wer-braucht-noch-orte>

¹⁸ Siehe: <https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitszeit/teilzeitarbeit-teilzeitquote>

¹⁹ Siehe: <https://www.tt.com/artikel/30805657/der-osttiroler-arbeitsmarkt-boomt-wie-noch-nie>

Die relative Abgeschiedenheit Osttirols hat allerdings auch seine Vorteile – vielleicht sogar mehr als den politischen Vertreter*innen zuweilen bewusst ist; auch das stellt einen Themenbereich dar, der in den Gesprächsrunden andiskutiert wurde.

III.2 Die Workshops

III.2.1 Örtlichkeiten

Ursprünglich wurden drei Workshops für den August 2022 organisiert, einer davon musste nach einem Todesfall, der die ausgewählte Gemeinde erschütterte, aus Respekt gegenüber der Lokalbevölkerung auf September verschoben werden. Die Termine für die Diskussionsrunden waren schließlich: 21. August in Hopfgarten²⁰, 27. August in Leisach²¹ und 25. September in Abfaltersbach²².

Die drei Gemeinden sind in ihrer Struktur und Lage recht unterschiedlich. So liegt Hopfgarten im Defereggental, einem touristisch bekannten Tal, das vom Iseltal abzweigt. Die Gemeinde, die wahrscheinlich schon im achten Jahrhundert von Slaw*innen gegründet wurde, liegt 870 Meter über dem Meer und zählt aktuell ca. 680 Bürger*innen. In den 1970er Jahren waren es noch über 1.000 Einwohner*innen, was den vielzitierten Bevölkerungsschwund deutlich macht. Heute pendelt ein Großteil der arbeitsfähigen Bevölkerung in andere Gemeinden, sofern sie nicht im Tourismus tätig ist, der wiederum Arbeitende aus anderen Gemeinden anzieht.

Abfaltersbach liegt im Hochpustertal, ungefähr auf halber Höhe zwischen der Grenze zu Italien und Lienz. Mit einem Durchmesser von 10.27km² ist Abfaltersbach eine der kleinsten Gemeinden Osttirols. Zahlreiche Neubauten in den letzten Jahren verliehen dem Ort ein teilweise neues Aussehen (inkl. einer Verlegung der Bundesstraße), das auch neue Einwohner*innen anziehen soll). Historisch interessant ist das Wappen, das bis heute einen Mohrenkopf zeigt, was auf eine Verbindung mit dem Hochstift Freising in Bayern im 19. Jahrhundert zurückgehen dürfte, mehr aber noch der Umstand, dass Abfaltersbach zu jenen vier Osttiroler Gemeinden zählt, deren Bürger*innen 1938 zu einem großen Teil gegen den Anschluss an Deutschland stimmten. Aktuell leben knapp über 640 Personen in Abfaltersbach, das somit die bevölkerungsärmste der drei für dieses Projekt besuchten Gemeinden darstellt.

Leisach, das urkundlich erstmals um 1060 n.Chr. erwähnt wurde, ist eine kleine Gemeinde im Talboden von Lienz und de facto nur wenige Meter von der Bezirkshauptstadt entfernt. Dementsprechend groß ist der Lienzer Einfluss, so arbeitet ein überwiegender Teil der Leisacher Bevölkerung (Stand Januar 2022: 707 Einwohner*innen) in Lienz, wo auch die meisten Kinder nach dem Volksschulalter in die Schule gehen. Es gibt nur wenige Betriebe im Ort, auch der

²⁰ Siehe: <https://www.defereggental.eu/page.cfm?vpath=hopfgarten/>

²¹ Siehe: <https://leisach.gv.at/>

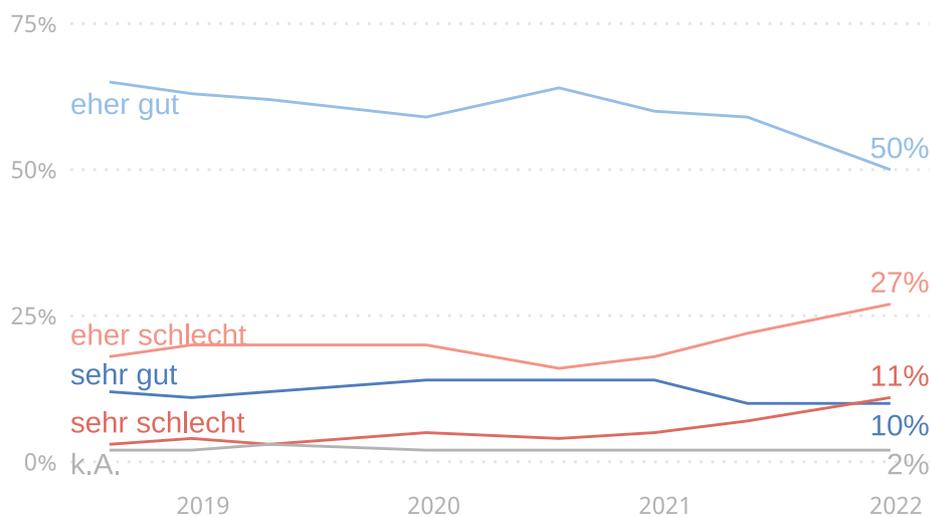
²² Siehe: <https://abfaltersbach.at/>

Tourismus spielt kaum eine Rolle, dennoch – oder gerade deswegen – ist die Gemeinde beliebt für jene, die nicht in Lienz, doch nahe der Kleinstadt wohnen wollen.

III.2.2 Vorbereitungen auf die Workshops

Ausgangspunkt für die Fragestellung in den Gesprächsrunden in Osttirol war unter anderem der Vergleich von Umfragen zum Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in die Demokratie. Dieses hat in den letzten Jahren, nicht zuletzt aufgrund der SARS-CoV-2-Pandemie und der durch sie notwendig gewordenen Maßnahmen, in vielen Staaten gelitten. In Österreich sieht man dies deutlich an einem Vergleich von Umfragedaten aus den Jahren 2018 bis 2021. Demgemäß ist das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie in diesen Jahren deutlich gesunken. In den Diskussionsrunden dieses Projekts sollte festgestellt werden, ob das auch für Osttirol zutrifft und was dagegen getan werden kann, zumal solch eine Unzufriedenheit auch ein Abwenden der Bevölkerung von politischen Prozessen *per se* bedeuten kann.

Grafik 1, Demokratieradar: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich



Fragestellung: Funktioniert die Demokratie in Österreich aus Ihrer Sicht alles in allem ...
Quelle: Austrian Democracy Lab (2018–2021). Demokratieradar Welle 1–8, Angaben in Prozent; n=4.837/4.510/4.500/4.506/4.501/4.546/4.574/4.680. Feldarbeiten 4.6.–6.8. 2018/16.10.–14.12. 2018/13.3.–16.4.2019/23.10.–20.12.2019/19.5.–17.7.2020/12.10.–15.12.2020/15.3.–11.5.2021/21.10.–23.12.2021.

Da zu demokratiepolitischen Veranstaltungen erfahrungsgemäß vor allem Menschen kommen, die sich für das betreffende Thema interessieren und auch bereit sind, Zeit und Energie in dieses zu investieren, wurde viel Aufwand betrieben, um ein halbwegs ausgewogenes Sample an Teilnehmer*innen zu erhalten – auch wenn von Anfang an klar war, dass bestimmte Personengruppen schwierig zu erreichen sein würden.

Als Vorbereitung wurden daher zunächst einerseits semistrukturierte Interviews mit Personen, die in der Region leb(t)en, geführt. Dabei wurden Themen gesammelt, die den Menschen wichtig sind, wenn es um Demokratie und Politik geht. Zudem wurden mit einem Großteil der Teilnehmer*innen kurze Vorgespräche geführt und parallel dazu Gespräche mit Personen organisiert, die nicht zu den Diskussionsrunden kommen konnten oder wollten. Letztere wurden zu Themenstellungen befragt, die für die Gesprächsrunden geplant waren. So ergaben sich ein Stimmungstest und eine Kontrollgruppe, um zu sehen, ob die Meinungen und Aussagen der Workshop-Teilnehmer*innen von diesen Gesprächen abweichen. Dies war nicht der Fall, auch wenn sich die (partei)politischen Einschätzungen einzelner Personengruppen – und insbesondere jene zur SARS-CoV-2-Pandemie – stark unterschieden.

Gemeinsam mit Gina Streit vom Regionsmanagement Osttirol wurden einige Wochen vor dem Termin die drei im Vorfeld ausgewählten Gemeinden besucht und Gespräche mit den Bürgermeister*innen sowie Gemeindebediensteten geführt. Einen wesentlichen Punkt der Vorbereitung stellten zudem Interviews mit verschiedenen Medien dar, weil damit nicht nur gewährleistet war, dass die Bevölkerung vom Projekt und der Möglichkeit zum Mitmachen erfuhr, sondern auch in den Medien selbst bzw. aufgrund der Artikel Diskussionen zum Thema Demokratie in Gang gesetzt wurden.



Insgesamt nahmen an den drei Diskussionsrunden ca. 60 Personen teil, wobei es zusätzlich einige inoffizielle Gesprächsrunden gab, zum Beispiel in Abfaltersbach eine spontane Diskussion mit Vertreter*innen der Dorfjugend. Die Workshops fanden zwar in den erwähnten drei Ortschaften statt, das bedeutet allerdings nicht, dass ausschließlich Personen aus jenen Gemeinden teilgenommen haben. Zu jedem Termin kamen jeweils Gemeindebewohner*innen sowie Personen aus anderen Gemeinden. Nach Abschluss aller Diskussionsrunden fand eine Abschlussdiskussion mit den Moderator*innen statt. Auch diese wurde aufgenommen, allerdings fließt sie nur indirekt in die Auswertung ein.

III.2.3 Aufbau

Alle Workshops folgten demselben Muster. Beim Einladen wurde darauf geachtet, in Bezug auf Alter, Geschlecht, Herkunft, Ausbildung und Beruf möglichst ausgewogen alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Eingeladen wurde mit Hilfe von Medienberichten, zudem über Social Media-Kanäle, Emails, Anrufe, persönliches Ansprechen und Weitererzählen, wobei auch die Moderator*innen mithalfen und insbesondere Gina Streit (RMO) intensiv bemüht war, Teilnehmer*innen zu gewinnen. Hier zeigte sich bereits das erste Ergebnis: Alle Angesprochenen fanden das Projekt spannend und wichtig, doch selbst mitzumachen, sich persönlich bei einer Demokratiediskussion und damit als „politisch“ eingestuftes Veranstaltung zu zeigen, war offensichtlich nicht nur eine Hürde, sondern wurde zuweilen auch mit dem Argument abgelehnt, dass man nicht wolle, dass „die anderen“ wissen, wie man denke. Dieses Argument des gesellschaftlichen Drucks kam auch in den Diskussionen selbst immer wieder zur Sprache.

Auch Vereine oder NGOs wurden angesprochen und insbesondere die Veranstaltungsgemeinden aber auch andere Bürgermeister*innen gebeten, Personen aus ihrer Gemeinde zu informieren und einzuladen. Die meisten verwiesen dabei auf viel Arbeit, Urlaubszeit oder zu wenig Mut der Bevölkerung, über diese Themen öffentlich diskutieren zu wollen. Immerhin drei Bürgermeister nahmen selbst an den Gesprächsrunden teil, zudem einige Regionalpolitiker*innen, vorwiegend von Oppositionsparteien. Ansonsten waren die Gruppen beruflich wie sozial bunt gemischt.

Begonnen wurde jede der drei Veranstaltungen im jeweiligen Gemeindesaal. Dort wurde begrüßt, das Procedere erklärt und schon vorweg vom Bürgermeister oder einem Stellvertreter für danach zum Buffet eingeladen. Nach der Begrüßung ging man zu den vorbereiteten Tischen, wo die eigentliche Diskussion stattfand.

Alle Workshops fanden wegen der SARS-CoV-2-Pandemie im Freien statt. Dafür wurden Tische für je fünf Personen plus Moderatorin zusammengestellt. Diese Tische wurden mit weißem Papier beklebt und Stifte bereitgestellt, mit dem Hinweis, mitzuzeichnen oder wichtige Ideen mitzuschreiben. Die Zuweisung zu den Tischen wurde – abgesehen von spontan auftauchenden Teilnehmer*innen – bereits im Vorfeld organisiert. Da Geschlecht, Alter, Wohnort und Beruf der

Teilnehmer*innen vorher (auf freiwilliger Basis) abgefragt wurden, konnten nach diesen Kriterien die Gruppen zusammengestellt werden. An jedem Tisch nahm eine – vorher eingeschulte – Moderatorin statt, die das Gespräch nach vereinbarter Methode leitete und dieses digital aufnahm.

Wie in den anderen Regionen wurden die Teilnehmer*innen im Vorfeld gebeten, einen Gegenstand mitzubringen, der für sie Demokratie symbolisiert. Für Personen, die darauf vergessen hatten, wurde ein Korb mit Gegenständen oder ein Zettel zum Aufschreiben/Zeichnen eines Symbols zur Verfügung gestellt, allerdings hatten mehr als 90 Prozent der Teilnehmer*innen einen sorgsam ausgewählten Gegenstand mit dabei; sorgsam insofern, als alle auch eine Geschichte zu ihrem Gegenstand mitbrachten und diese teilten.



Die Gespräche an den Tischen dauerten zwischen 75 und 90 Minuten. Anschließend wurde bei Getränken und Snacks – und ohne Mikrophon – weiterdiskutiert. Letzteres dauerte jeweils circa eine Stunde. Zudem wurden die mitgebrachten Gegenstände am Ende abfotografiert und die beschrifteten Papiere zur Auswertung eingesammelt. Weiters gingen ein bis zwei Personen von Tisch zu Tisch, notierten Beobachtungen und fotografierten die Diskussionen.

III.3. Analyse der Workshop-Ergebnisse

Wie gemeinsam erarbeitet, unterschieden sich die Methoden der Feldforschung in allen drei Regionen nur in kleinen Details der Ausführung. Überall wurden die Gespräche an den Tischen mitgeschnitten, anschließend transkribiert und ausgewertet. Eine besondere Rolle nahmen die mitgebrachten Gegenstände der Teilnehmer*innen ein. Diese reichten von historischen Objekten, alten Ausweisen, Büchern über Blumen („für das sensible Pflänzchen Demokratie“, wie eine Teilnehmerin sagte) bis hin zu eher selbsterklärenden Gegenständen, wie einem

Mikrofon, einem Kochlöffel, einem Würfel, Zeitungen, einer Uhr, einem Wahlzettel, Puzzleteilchen, Spielfiguren in den Parteifarben oder auch schwieriger zu interpretierenden Objekten wie Zünder („für die zündende Idee“), einen Kopfpolster („um es sich beim politischen Diskutieren gemütlich zu machen“) oder auch Bälle zum Jonglieren (Demokratie als Balanceakt“).

Die meisten dieser Gegenstände waren mit einem sehr persönlichen Eindruck von Demokratie verbunden. Manche wurden beklatscht, andere regten lange Diskussionen an, darunter eine Stimmgabel, die zu jener Diskussion passte, wer in der Bevölkerung eine Stimme habe oder auch nicht, und wie man diese einsetzen könne. Dazu ist wichtig zu erwähnen, dass auch Personen an den Gesprächen teilnahmen, die zwar in Osttirol leben, hier aber kein Wahlrecht besitzen. Das Wahlrecht wurde nicht zuletzt deswegen zu einem der großen Themenbereiche der Diskussionen in Osttirol. So war man sich einig, dass dieses ausgeweitet werden müsse, vor allem auf der regionalen Ebene. Wichtiger aber, so hörte man fast unisono, sei die Partizipation, und davon gebe es zuwenig; nicht so sehr, weil es wenige Möglichkeiten dafür gebe, sondern eher, weil kaum jemand die Initiative ergreife. Am Stammtisch, so hieß es mehrfach, würden alle reden, schimpfen, Ideen haben – doch wenn es darum gehe, diese nach außen hin zu vertreten, seien viele Bürger*innen (auch man selbst) meist „zu bequem“ oder zu feige. Ganz am Schluss jeder Diskussion, als es um die Frage ging, ob man selbst in die Politik gehen würde, schloss sich diesbezüglich der Kreis: Nein, Politik sollen andere machen, wurde gesagt, auch wenn man wisse, dass es diese anderen immer seltener gebe und man mit diesen dann häufig nicht einverstanden sei.



Auffallend in allen Gesprächsrunden war ein sehr konsensualer Umgangston. So gingen die Teilnehmer*innen respektvoll und geradezu vorsichtig miteinander um, auch – oder gerade – wenn jemand anderer Meinung war. Das warf die Frage auf, ob einige lieber schwiegen, als sich auf eine intensivere Diskussion einzulassen. Das dürfte aber, falls überhaupt, nur einige wenige Personen betroffen haben. Die meisten äußerten, dass sie sich in dieser positiven Grundstimmung wohl fühlten und dadurch sachlich diskutieren könnten. Es gab gleichermaßen viel Lachen wie viel Nachdenklichkeit und rasch schlich sich das Wörtchen „wir“ ein. Dieses Wir-

Gefühl zeigte sich in Bemerkungen, die sich als „wir, die Bevölkerung“ gegenüber den Politiker*innen äußerten, aber auch gegen jene richteten, die sich nicht an demokratische Regeln halten wollten. Deutlich zu beobachten war in diesem Sinne ebenfalls Folgendes: Wenn an einem Tisch eine Person besonders kritisch gegenüber dem aktuellen Zustand der Demokratie auftrat, dann verlief auch die Diskussionsteilnahme der anderen Personen eher kritisch. Das änderte allerdings nichts daran, dass man sich generell einig war, dass die Demokratie das aktuell beste System darstelle und es nicht darum gehe, sie abzuschaffen, sondern auszubauen. Man sah viel Arbeit vor sich, aber eher notwendige Verbesserungen als eine „Rettung der Demokratie“.

Dennoch zeigten sich einige Teilnehmer*innen in Sorge um die Demokratie. So sagte eine Person, sie fühle sich nicht mehr demokratisch vertreten oder sei frustriert, weil man „nichts mehr sagen dürfe“ oder Angst habe, manipuliert zu werden. Diesbezüglich sei man „aufgewacht“ und wolle nicht mehr glauben, dass alles so ist, wie es vermittelt wird. Interessant zu beobachten waren die Reaktionen der anderen Teilnehmer*innen, die zunächst versuchten, dem etwas Positives entgegenzusetzen, schließlich aber etwas ermattet aufgaben und sich anderen Themen zuwandten. Der Großteil der Diskutierenden formulierte Sorgen um die Demokratie vor allem in anderen Ländern, insbesondere Ungarn oder Afghanistan (wie das auch in Südtirol der Fall war), was mit der zu jenem Zeitpunkt häufigen Medienberichterstattung zu tun hatte.

Eines der großen Schlagworte bildete die Meinungsfreiheit. Sie wurde als eine der wichtigsten Säulen der Demokratie angegeben, gefolgt von Pluralität, Menschenrechten und einem gewissen Wohlstand, der – so war man sich einig – nur in einer Demokratie möglich sei. Freiheit (im Gegensatz zu Meinungsfreiheit) wurde nicht nur positiv besprochen, sondern als zuweilen egoistisch definiert, indem man Rechte einfordere, aber nicht bereit sei, Pflichten dafür in Kauf zu nehmen. Hier gab es eine Parallele zu Stammtischdiskussionen: Meist sind es „die anderen“, die keine Pflichten annehmen wollen oder keinen Sinn für (Eigen-)Verantwortung oder „soziales Denken und Handeln“ hätten, wie es mehrfach formuliert wurde.

Dies war der Moment, in dem Covid-19 an den einigen Tischen doch noch zum Thema wurde. Vor allem wurde eine zunehmende Distanz der (regionalen) Politiker*innen in der SARS-CoV-2-Pandemiezeit beklagt, bis hin zu der Feststellung, dass die Bevölkerung relativ alleingelassen worden sei mit den Maßnahmen der Bundesregierung und die lokalen oder regionalen Politiker*innen im Homeoffice verschwunden seien; andererseits hätte das demokratische Miteinander gelitten, weil sich einige nicht an die Regeln hielten und manch andere wiederum zu angepasst seien.

Insgesamt gab es nur eine Diskussionsgruppe, die sich fast durchwegs der SARS-CoV-2-Pandemie und deren gesellschaftlichen wie politischen Folgen widmete, während etwa die Hälfte der Tische diese kein einziges Mal erwähnten.

Die thematischen Unterschiede in den Gesprächsrunden können weniger nach den drei Gemeinden festgemacht werden, sondern eher nach den einzelnen Tischen, was auch daran liegen mag, dass – wie oben bereits erwähnt – nicht nur lokale Teilnehmer*innen zu den einzelnen Terminen kamen, sondern immer auch Personen aus Lienz oder anderen Gemeinden. Gewisse Themen zogen sich dabei durch alle Diskussionen. Vielleicht ein wenig überraschend vertreten waren Frauenrechte und die Rolle der Frau in der Gesellschaft in Osttirol., die beide an allen Tischen besprochen wurden. Überall zumindest gestreift wurde der Klimawandel, der für das aktuell besorgniserregendste Thema gehalten wurde. Im Angesicht dessen seien alle anderen Themen – inklusive der SARS-CoV-2-Pandemie – nur „Luxusprobleme“.²³

Um dem großen Thema Klimawandel und auch anderen zukünftigen Herausforderungen begegnen zu können, sei es eine wichtige Aufgabe, einerseits zu Wahlen zu gehen und andererseits zu partizipieren, wo immer es gehe – und hier gebe es in Osttirol noch Nachholbedarf. Demokratie nämlich, so war man sich weitgehend einig, beginne auf der Gemeindeebene. Demokratie sei eine Hol- und eine Bringschuld, man solle sich nicht einfach berieseln lassen, sondern aktiv teilnehmen. Dass dies nicht immer im Sinne der Regionalpolitiker*innen sei, weil es für diese den politischen Alltag kompliziere, müsse geändert werden.

Generell zeigte sich in den Diskussionsrunden, was sich auch in Umfragen immer wieder bestätigt: Das Image von Politiker*innen ist dramatisch schlecht. Während jenen auf Bundesebene immer wieder Unehrllichkeit vorgeworfen wurde, kritisierte man in allen drei Workshops die Regional- und Lokalpolitiker*innen vor allem dafür, Eigeninteressen zu bedienen und zu lange im Amt zu bleiben. So wurde der Vorschlag gemacht, nur zwei Perioden lang zu bleiben. Es gebe zu viel Streit, zu wenige Kompromisse, bloß weil es der Parteimeinung entspreche. Viel zuviel laufe über langjährige Seilschaften, daher würden eigene Gruppen bevorzugt und die Regionalpolitiker*innen würden sich wenig für jene über die Parteigrenzen hinaus interessieren. Parteien hätten überhaupt zu viel Macht und es solle nicht sein, dass man ihnen die Politik in Zukunft überlasse, wurde festgehalten. Hier war die Meinung eines Regionalpolitikers, der selbst ein Amt bekleidet, interessant, weil er angab, dass man nur zu einer einzigen Partei gehen könne, wenn man für seine Gemeinde etwas bewegen wolle, ganz gleich, ob man diese Partei eigentlich wolle oder nicht. Deshalb – so der allgemeine Vorschlag – solle die Zivilgesellschaft mehr eingebunden werden bzw. sich selbst einbinden und nicht erst auf Einladung „von oben“ warten. Immer wieder wurde dabei das Leben in der Gemeinde mit der Familie verglichen, wobei man an einigen Tischen feststellte, dass die Familie kein demokratisches System sei(n könne), während andere meinten, in der Familie müsse man ebenso mehr über Demokratie reden wie in der Gemeinde.

²³ Hier muss nochmals erwähnt werden, dass die Gespräche im August und September 2021 stattfanden, demnach einige Monate vor Ausbruch des Ukrainekriegs.



Während sich ein Großteil aller Diskussionen auf einer Metaebene abspielte, wurde es weitgehend leidenschaftlich, wenn es zur Gemeindepolitik kam. Die Entscheidungsfindung in den Gemeinden etwa wurde zum Teil als zu alteingesessen kritisiert. Die Beziehungen seien immer dieselben und es werde zu wenig diskutiert. Einige Teilnehmer*innen zeigten sich schockiert von Gemeinderatssitzungen, denen sie beigewohnt hatten. Das Niveau sei schlecht und man verstehe nicht, warum man einander nicht zuhören oder ausreden lasse. Das sollten bereits die Kinder lernen, ebenso wie sie generell näher an die Demokratie herangeführt werden sollten, auch in der Gemeinde. In der Folge kam man in nahezu jeder Gruppe auf politische Bildung zu sprechen. Diese sollte erhöht werden, nicht zuletzt auch für Politiker*innen, denen zuweilen demokratiepolitisches Wissen fehle, wie man feststellte. Nur mit mehr Bildung würden sich die Menschen auch mehr einbringen. Junge Bürger*innen sollten – so wurde nicht nur von den jüngeren Teilnehmer*innen eingefordert – besser in das politische Leben integriert werden und somit Lust aufs Mitmachen bekommen.

Gefragt, was man möglichst nicht wolle, war man sich einig wie bei kaum einer anderen Frage: die illiberale Demokratie oder die Passivität der Bürger*innen, nicht wählen zu gehen. Bei dieser Frage kam man nochmals auf Themen wie Partizipation und Wahlrecht zurück und forderte in mehreren Gesprächsgruppen, dass man Demokratie wieder ernster nehmen müsse und

„gemeinsam auf den Tisch hauen und wieder Bürger*in sein“ solle, damit man gehört würde, wobei die Gewaltfreiheit dabei immer wieder betont wurde.

Hier sei noch ein kurzer Exkurs zu dem Gespräch mit einigen Jugendlichen in Abfaltersbach erlaubt: Die Jugendlichen waren sich in ihren Aussagen ganz einig, Demokratie solle ein Geben und Nehmen sein, man müsse aber noch viel mehr Aufklärungsarbeit leisten, denn es gäbe – und da urteilten sie streng – „zuviel Dummheit“. Mit politischer Bildung könne man das ändern. Die Jugendlichen selbst gaben an, sich nicht für die Alltagspolitik zu interessieren, sehr wohl aber für politische Themen. So lägen ihnen – und hier sieht man die Parallele zu den anderen Tischen – insbesondere Frauenthemen, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und der Klimawandel am Herzen. In Osttirol hätten sie nicht den Wunsch, dafür auf die Straße zu gehen, wenn, dann eher in der Großstadt. Politik sollte zugänglicher für Jugendliche gemacht werden, die Jugend solle stärker gehört werden, doch sie selbst wollen auch nicht Politiker*innen werden – vielleicht später und wenn, dann interessiere sie am ehesten die Gemeindepolitik.

Als Wunsch äußerten sie: „Dass es uns nie schlechter gehe als jetzt“, und betrachteten es als ein Privileg, in einer Region wie Osttirol bzw. Österreich geboren zu sein, wo alles weitgehend in Ordnung sei.

III.4. Schlussfolgerungen

Die Einigkeit in Bezug auf die Demokratie als System war in allen Gruppen groß, ebenso eine gewisse Unzufriedenheit mit ihrer aktuellen Ausformung, was uns zur Grafik 1 zurückbringt und dem politischen Auftritt der Politiker*innen, wobei man zwar mit der Bundesregierung härter Gericht ging, aber auch die regionalen und lokalen Politiker*innen und deren Verwaltung kritisierte. So waren insbesondere die Punkte, dass man der Bevölkerung in der eigenen Gemeinde nicht zuhören und vor allem Projekte fördern, die von Verbündeten eingereicht würden, während die Jugend oder Andersdenkende leer ausgingen, eine immer wiederkehrende Kritik. In kaum einem Bereich dürfte es so viel Handlungsbedarf geben, wie bei diesen beiden Punkten.

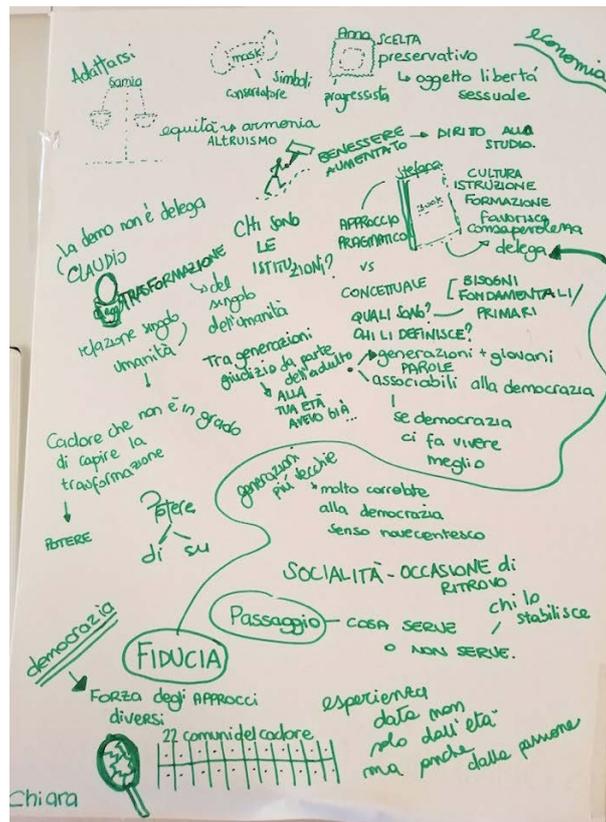
Insofern war es kein Zufall, dass mehrere Diskussionsgruppen feststellten, dass solche Gespräche, wie in diesem Projekt, ein Anfang seien und öfter stattfinden sollten. Es wurde eingeworfen, dass die Gesprächskultur in der Politik und mit den Politiker*innen wieder forciert werden sollte, dass es aber auch für die Politiker*innen wichtig sei, diese Energie und den Willen der Bevölkerung etwas beizutragen, zu erleben. Vor allem in Leisach widmeten sich einige Teilnehmer*innen beim Zusammensitzen nach der Diskussion dem Besprechen, wie man solche Workshops für die Zukunft etablieren könnte, ev. zu jeweils anderen Themen, in jeweils anderen Gemeinden. Hinter all dem steckt vor allem die Hoffnung, wenn nicht Forderung, dass Politiker*innen lernen, zuzuhören, hinzuhören, und die Bürger*innen und ihre Anliegen aber auch positiven Vorschläge ernst zu nehmen.

Hoffnung ist an sich ein Stichwort, das immer wieder verwendet wurde. Hoffnung, so hieß es, sei „wesentlich für Demokratie“, was zugleich auch als Wunsch festgehalten wurde: nicht die Hoffnung zu verlieren, weiterzumachen, sich einzubringen und vor allem miteinander zu reden, aber auch selbst weiterhin frei reden zu können.



Gerade in den formulierten Wünschen an die Demokratie aber auch für die Demokratie, lassen sich Schlussfolgerungen interpretieren, weil sie häufig wie eine Zusammenfassung der Gespräche formuliert wurden; etwa dann, wenn gesagt wurde, man solle Demokratie spürbarer machen und man wünsche sich Politiker*innen, mit denen man reden könne, die glaubwürdig seien und nicht lügen, während man andererseits auch als Wähler*in mündig sein müsse. Der Umstand, dass vielen Teilnehmer*innen bewusst war, dass Rechte auch Pflichten bedeuten und dass die Kommunikation in einem demokratischen Miteinander stets in beide (oder mehr) Richtungen gehen müsse, zeigt, dass all jene, die zu den Diskussionsrunden kamen, sich entweder schon vorher oder aber aufgrund der Diskussionen, intensiv mit dem Thema Demokratie auseinandergesetzt hatten. Das wiederum passt zu den im Vorfeld geführten Interviews, bei denen Personen, die vor den Interviews sagten, sie seien nicht an Politik interessiert, anschließend feststellten, sie hätten wegen des Interviews begonnen, mehr dazu zu lesen, sich zu informieren, vor allem aber mehr über Politik und Demokratie zu reden. Nach den Gesprächsrunden war auch ein diesbezügliches Feedback zu hören. Insofern kann die wesentliche Schlussfolgerung nur lauten: Gelegenheiten zum Austausch, zum Reden und zum Zuhören zu schaffen, und dies als Hol- und als Bringschuld zu verstehen, wie es in mehreren Diskussionsrunden formuliert worden ist.

Kapitel IV: Projektdurchführung und Ergebnisse im Gebiet Alto Bellunese



IV.1 Geografische und soziographische Merkmale

Das Alto Bellunese umfasst 41 Gemeinden, die zu fünf Bergregionen gehören: Comelico Sappada, Centro Cadore, Cadore Longaronese Zoldo, Valle del Boite, Agordina. Wie auf der Website der Lokalen Aktionsgruppe erläutert, handelt es sich um ein überwiegend ländliches Gebiet, da „93,7 Prozent der lokalen Bevölkerung in ländlichen Gemeinden, d.h. Gemeinden mit einer Bevölkerungsdichte von weniger als 150 Einwohnern/Quadratmeter wohnen“²⁴. Dieses Phänomen bestimmt das spezifische Verhältnis der Gebietsbevölkerung zu ihrer Region und hat einen nicht unerheblichen Einfluss sowohl auf die Gestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse als auch – als Folge dessen – auf die konkrete Umsetzung der demokratischen Vertretung in diesen Gebieten.

In den 41 Gemeinden des Alto Bellunese leben etwas mehr als 67.000 Menschen. Die beiden für unser Projekt ausgewählten Gebiete, die zu Comelico-Sappada und Centro Cadore gehören, haben insgesamt fast 22.000 Einwohner*innen (etwa 15.000 im Gebiet Centro Cadore, ca. 7.000 im Gebiet Comelico-Sappada).

²⁴ Siehe: <http://www.galaltobellunese.com/area-di-intervento/>

Wer allgemeine Informationen über Comelico und Centro Cadore sucht, stößt unweigerlich auf eine Reihe von weit verbreiteten aber auch veralteten Vorstellungen, obwohl diese in jüngster Zeit von den lokalen Institutionen selbst und von anderen, die sich für die Förderung lokaler Entwicklungsstrategien einsetzen, in Frage gestellt werden. Ein Beispiel dafür ist die kurze Beschreibung von Comelico in der Treccani-Enzyklopädie:

Gebirgsregion in Venetien, nördlich von Cadore, in der Provinz Belluno. Es umfasst einen Teil der Sextner Dolomiten und den südlichen Abschnitt des westlichen Endes der Karnischen Alpen. Es unterscheidet sich vom Cadore durch seine leichten Erhebungen und sanften Hänge, die sich zwischen 1.200 und 1.500 m erstrecken. Sie wird von den Quellarmen des Piave durchflossen, ist in Ober- und Unterstadt unterteilt und umfasst fünf Gemeinden: Santo Stefano di Cadore, Danta, San Nicolò di C., C. Superiore (95,9 km² mit 2.371 Einwohnern im Jahr 2008) und San Pietro di Cadore.

Diese kurzen Zeilen erscheinen in mindestens zweierlei Hinsicht problematisch. Zum einen ist die Rede von einer Unterteilung zwischen Comelico Superiore und Comelico Inferiore: ein kontroverses Thema, das auch an den Arbeitstischen unserer Workshops diskutiert wurde. Angesichts der historischen Tendenz, die beiden Gebiete als getrennt zu betrachten, scheint es zunehmend notwendig, diese Trennung zu überwinden, zumal der Wunsch nach Vereinigung durchaus besteht. Andererseits wird Comelico als ein vom Cadore völlig getrenntes Gebiet im Norden betrachtet. Auch dieser Aspekt scheint umstritten zu sein, so dass die Enzyklopädie selbst bei der Definition und Abgrenzung des Gebiets der historischen Region Cadore darauf hinweist, dass mehrere umliegende Gebiete, darunter auch Comelico selbst, „oft“ dieser Region zugeschrieben werden:

Eine historische Region Venetiens, die das obere Becken des Piave vor Termine umfasst; die angrenzenden Gebiete werden ebenfalls oft dazu gezählt (z.B. die Oltrechiusa, zwischen der Enge von Venas und Ampezzo, d.h. das Boitetal, Comelico, Oltrepieve, das Auronzotal, d.h. das Ansieital, Zoldo und Oltremonti).

Es ist nicht das Ziel dieser Arbeit, sich mit den Kriterien für die interne Unterteilung des Alto Bellunese oder mit lokalen Verwaltungsfragen zu befassen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, was in den Interviews, an den runden Tischen und in den informellen Gesprächen im Rahmen der Erhebung deutlich wurde, die Übergangsphase, in der sich diese Gebiete befinden – und die aktuelle Entwicklung der lokalen Verwaltungsstrukturen; langsame und unsichere Prozesse, die zuweilen zwischen den verschiedenen lokalen Akteur*innen umstritten sind und sich auf die weit verbreitete Wahrnehmung der Bevölkerung über ihr Gebiet und die Art und Weise, wie es verwaltet wird, auswirken. Es ist kein Zufall, dass während unserer Workshops mehrfach ein Gefühl der Unsicherheit in Bezug auf die lokalen Institutionen und mehr oder weniger lebhaft Diskussionen über die geeignete institutionelle Struktur in den Tälern von Alto Bellunese aufkamen.

Die „Kirchturmpolitik“ auf lokaler Ebene entspricht auch den institutionellen Entscheidungen und formalen territorialen Unterteilungen der letzten Jahrzehnte, die heute jedoch mit den Zielen und Bestrebungen eines immer größeren Teils der Bevölkerung und der Verwaltungen in Konflikt zu geraten scheinen. Im Laufe der letzten Jahre haben die verschiedenen lokalen Entwicklungsprojekte allmählich eine neue Geografie des Territoriums skizziert, verbunden mit der Notwendigkeit, „die verschiedenen Gebiete so weit wie möglich zu vereinen, um gemeinsame Projekte zu konzipieren. Wir müssen aufhören, die Gemeinden zu spalten, es ist Zeit für eine Zusammenarbeit“ (Interview mit einem lokalen Verwalter im Juli 2021).

Eines der Untersuchungsergebnisse bezieht sich auf eben diese Thematik. Sie betrifft die territoriale Aufteilung und die faktische Trennung zwischen den Gemeinden Comelico und Centro Cadore, mit unterschiedlichen Nuancen auf beiden Seiten. Bei unseren Gesprächsrunden zeigten sich die Teilnehmer*innen aus dem Centro Cadore eher geneigt, Comelico konzeptionell und verwaltungstechnisch in das Gebiet des Cadore einzubeziehen, während die Beteiligten aus Comelico eher zögerlich waren, auf ihre Autonomie zu verzichten – und das nicht nur in Bezug auf die lokale Zugehörigkeit und das kulturelle Erbe der Gebiete, sondern auch in Bezug auf die territoriale Verwaltung.

Hier ist nicht der geeignete Kontext, um tiefgreifende Überlegungen über den Aufbau lokaler Identitäten und Gebietszugehörigkeiten anzustellen. Diese Dynamiken sind jedoch für unsere Forschung von Bedeutung, da sie Themen betreffen, die direkt mit dem demokratischen Leben auf lokaler Ebene zusammenhängen. Antworten zu erhalten, die nicht unmittelbar mit der gestellten Frage in Verbindung stehen, ist normal, gerade weil sich diese Art der Untersuchung (die ethnographischer Natur ist) nicht ausschließlich auf die Fragen konzentriert, die von den Angesprochenen explizit aufgeworfen werden, sondern auch auf jene, die sich am Rande ergeben.

Die Tendenz, häufig die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gebieten des Cadore zu betonen, birgt jedoch die Gefahr in sich, dass das in den Interviews festgestellte, weit verbreitete Streben der Verwalter*innen und lokalen Akteur*innen nach einer größeren verwaltungstechnischen Einheit behindert wird. Die Daten zu den zwei Gebieten, die zu Beginn dieses Abschnitts kurz erwähnt wurden, finden somit ihre erste konkrete und anschauliche Bestätigung in der Wahrnehmung unserer Befragten bezüglich ihrer territorialen Zugehörigkeit.

Bei der Durchführung der Untersuchung mussten wir oft eine Balance zwischen den gegenseitigen Bevölkerungsdarstellungen der beiden Gebiete herstellen. Die Terminologie, die für diese Gebiete verwendet werden sollte, erwies sich ebenfalls als heikle, nicht unbedeutende Frage. Die Entscheidung, sich auf die von den beiden Berggemeinden formell festgelegten Gebiete zu beschränken, ist zwar eine zweckmäßige Lösung, spiegelt aber nicht die tatsächliche Zersplitterung der lokalen Identitäten wider. Für die Einwohner*innen der Comelico-Gemeinden ist es immer noch üblich, das Gebiet und die Einwohner*innen des Centro Cadore mit „Cadore“ bzw. „Cadorini“ zu bezeichnen. Anderes gilt, wie oben erwähnt, für die weit verbreitete Haltung

in Centro Cadore, wo die Einheit des Cadore-Gebietes, einschließlich der Comelico-Gebiete, häufig hervorgehoben wird.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die Feldforschung im Alto Bellunese in einem außergewöhnlichen historisch-politischen Moment durchgeführt worden ist: Im Jahr 2021 hatte die wachsende antipolitische Welle, die von der 5-Sterne-Bewegung aufgefangen worden war, eine große Anzahl von Wähler*innen enttäuscht. Das Parteiensystem war nicht erneuert worden und dies führte zu weiterer Politikentfremdung und Politikverdrossenheit.²⁵ Der Politikwissenschaftler Alfio Mastropaolo kommentierte bereits am Anfang des neuen Jahrtausends den weit verbreiteten „Niedergang der politischen Leidenschaften“ des Landes und betonte, dass die italienische Demokratie seit ihrer Entstehung von einem „hartnäckigen Misstrauen“ begleitet wird.²⁶

Wie in den anderen Gebieten, die im Rahmen des Projekts untersucht wurden, führte dieses Misstrauen jedoch nicht zu allgemeiner Kritik oder Formen reiner Desillusionierung. Stattdessen wurde es von den Teilnehmer*innen unserer Workshops mit einer konstruktiven Einstellung angegangen, um mögliche Wege zur Verbesserung der Qualität des lokalen demokratischen Lebens zu finden.

IV.2 Die Workshops

IV.2.1 Interviews und Vorbereitungen auf die Workshops

Die im Alto Bellunese durchgeführte Untersuchung konzentrierte sich auf zwei spezifische Berggemeinden - Comelico-Sappada und Centro Cadore - und entwickelte sich entlang zweier Hauptinterventionsachsen. In einer ersten Phase wurde eine vorläufige Erkundung des Gebiets mit Hilfe qualitativer Erhebungsmethoden durchgeführt; in einer zweiten Phase wurden Treffen und Diskussionen mit den lokalen Gemeinschaften organisiert und durchgeführt.

Die in der Sondierungsphase durchgeführte Arbeit ermöglichte es uns, die Untersuchungskontexte festzulegen und ausreichende Elemente für die Auswahl der Fallstudien zu finden, und zwar durch a) eine Analyse von Medienberichten, die über die wichtigsten politischen Ereignisse der letzten Jahre berichteten; b) eine Zusammenschau von Sekundärliteratur und Material zur sozio-politischen Situation des Gebiets; c) die Durchführung von semistrukturierten Interviews mit Frauen und Männern, die in verschiedenen Ortschaften des Gebiets wohnhaft sind.

²⁵ Zum Begriff „antipolitica“ in Abgrenzung zum Begriff „populismo“ siehe Alfio Mastropaolo 2000, *Antipolitica. All'origine della crisi italiana*, Napoli; Vittorio Mete 2022, *Antipolitica. Protagonisti e forme di un'ostilità diffusa*, il Mulino, Bologna. Zur 5-Sterne-Bewegung siehe Roberto Biorcio, quelli giornalistici di Giuliano Santoro, und das Heft Nr. 96 Meridiana, *Mezzogiorno a 5 Stelle*, herausgegeben von Luciano Brancaccio, Vittorio Mete und Dario Tuorto.

²⁶ Alfio Mastropaolo 2005, *La mucca pazzo della democrazia*, Bollati Boringhieri, Torino.

Der zweite Teil der Arbeit bestand in der Organisation der wichtigsten Momente dieser Aktionsforschung, nämlich der beiden Workshops, die im Spätsommer 2021 stattfanden: der erste am 4. September in Santo Stefano di Cadore, der zweite am 5. September in Lozzo di Cadore.



Die Workshop-Vorbereitung in den zwei Gebieten basierte auf semistrukturierten Interviews. Die Befragten wurden auf Grundlage ihrer Rolle in der lokalen Gesellschaft ausgewählt.

Mit Ausnahme einiger Standardfragen, um wichtige Informationen zur Region zu erhalten, wurden die Interviews geführt, um Themen und Probleme herauszuarbeiten, die unsere Befragten als vorrangig im lokalen politischen Alltag erleben.

Wie in Südtirol und in Osttirol dienten die Interviews zudem der ethnografischen Beobachtung, da sie es uns ermöglichten, mit den Einwohner*innen in Räumen des lokalen Alltagslebens in Kontakt zu treten: Privatwohnungen, öffentliche Ämter, Vereinssitze, Geschäfte etc. Auch die Workshops ermöglichten uns die Beobachtung kultureller, sozialer und relationaler Aspekte, die über die von den Beteiligten geäußerten Meinungen und Überlegungen hinausgingen. Wie in jeder ethnografischen Forschung gilt auch hier, dass das, was uns erzählt wird, weder ausreichend noch erschöpfend ist. Es muss sich auf die vom Forschenden beobachteten Praktiken beziehen: von den Interaktionen zwischen den Teilnehmenden in den Workshops bis hin zu den Verhältnissen untereinander, von der Art und Weise, wie informelle Gespräche außerhalb der Workshop-Gruppen geführt werden, bis hin zu trivialen Details, wie der Kleidungswahl für das Interview oder die Workshop-Teilnahme.

Gleichzeitig wurden die Workshops mit dem Ziel vorbereitet, konkrete Schlüsselinformationen zu erhalten und einen Denkanstoß zum Thema Demokratie anzuregen, indem die Teilnehmer*innen dazu aufgefordert wurden, ihre Meinung über den Zustand der Demokratie auf verschiedenen Ebenen zu äußern: auf einer konzeptuellen wie auch auf einer konkreten Ebene, mit besonderem Bezug auf die lokale und nationale Dimension. Die Treffen in Comelico und Centro Cadore umfassten ungefähr die gleiche Anzahl von Personen. Im Einzelnen nahmen 18 Personen aus verschiedenen Gemeinden der Unione Montana Comelico Sappada und 14 Personen aus verschiedenen Gemeinden der Unione Montana Centro Cadore teil. In Übereinstimmung mit den beiden anderen Untersuchungseinheiten (Pustertal und Osttirol) wurden die beteiligten Personen so ausgewählt, dass eine ausreichende Heterogenität auf

Grundlage verschiedener Parameter gewährleistet war: soziale Herkunft, Beruf, Alter, Geschlecht, Rolle in der lokalen Gemeinschaft.



IV.2.2 Aufbau

Die Workshops gliederten sich in drei Hauptpunkte: 1) eine Eröffnungsplenardiskussion, bei der den Teilnehmer*innen das Projekt und seine Ziele erläutert wurden; 2) die Aufteilung der Teilnehmer*innen an drei gleich große Arbeitstische, die jeweils von eine*r Moderator*in betreut wurden; 3) eine Abschlussplenardiskussion, während der die bei den Diskussionen an den einzelnen Tischen erzielten Ergebnisse vorgestellt und gemeinsam diskutiert wurden.

Auf allen Arbeitstischen lagen große weiße Blätter, auf die sich alle Beteiligten für alle sichtbar Begriffe oder Wörter notieren konnten, die während der Diskussion auftauchten, und/oder sich Notizen machen konnten. Dies war eine nützliche Methode, um das Gespräch weiter anzuregen und gleichzeitig die Themen im Auge zu behalten, die sich gemeinsam entwickelten.

Außerdem galt Folgendes, wie auch bei den Workshops in Osttirol und im Pustertal:

- 1) Jede*r Teilnehmer*in wurde gebeten, die Gründe für die Teilnahme und seine/ihre Erwartungen an das Projekt mitzuteilen sowie die Bedeutung, die er/sie dem Projektthema beimisst.
- 2) Jede*r Teilnehmer*in wurde aufgefordert, einen Gegenstand mitzubringen, der sein/ihr Verständnis von demokratischem Leben repräsentiert; die Diskussion wurde gerade durch die Diskussion, die die verschiedenen Gegenstände anregten, in Gang gesetzt.
- 3) Jede*r Teilnehmer*in wurde um die Nennung eines Wortes gebeten, das ihrer/seiner Meinung nach besonders repräsentativ für die Demokratie selbst ist.

Bei der Auswahl der Themen und Fragen, die in dem Projekt behandelt wurden, achteten die Moderator*innen darauf, die Diskussion so frei wie möglich zu halten, und griffen nur in den Fällen ein, in denen die Gespräche zwischen den Teilnehmer*innen erheblich abwichen. Dabei wurde jedoch auch die Bedeutung bestimmter Abschweifungen berücksichtigt, die in einigen Fällen relevantes Material für das Projekt selbst darstellten.

IV.3 Analyse der Workshop-Ergebnisse

IV.3.1 Objekte und Schlüsselwörter

Eine Waage, ein Buch, ein Kondom, ein Ei, eine Wahlkarte, ein Reisepass, eine leere Schachtel, die gefüllt werden muss, ein Wörterbuch, ein Atlas, ein Kinderbuch, ein Stein, eine Scheibe, eine Glühbirne, ein Universitätsausweis, ein Puzzleteilchen. Eine riesige und heterogene Welt, in der es keine Notwendigkeit gibt, Ordnung zu schaffen. Die bemerkenswerte Vielfalt der Objekte, die von den Teilnehmer*innen unserer Workshops mitgebracht wurden, ist ein Wert an sich. Sie regte zu tiefgreifenden Diskussionen und durchaus fair geführten Konfrontationen an, in denen das Zuhören und die Neugier auf die Standpunkte der anderen, auch bei offener Meinungsverschiedenheit, überwogen. Wir müssen jedoch versuchen, die Dinge zu ordnen und einige der Themen herauszuarbeiten, die sich am stärksten herauskristallisiert haben und von den verschiedenen Beteiligten übergreifend angesprochen wurden. Dazu können wir zunächst von den Schlüsselwörtern ausgehen, die die Befragten formell identifiziert und notiert haben.

Gleichheit, Wandel, Freiheit, Wahlmöglichkeiten, Kommunikation, Verantwortung, Nächstenliebe, Bewusstsein, Repräsentation, Wandel, Beteiligung, Wissen, Initiative, Gemeinwohl, Fürsorge, Entwicklung, Teilhabe, Emanzipation, Alternativen zum Konsens

(verschiedene Repräsentationsformen), Interaktion, Austausch, Kultur, Regeln, Wortschatz, Solidarität, Geschichte, Vergangenheit. Viele andere Wörter wurden von unseren Diskussionsteilnehmende im Laufe der Gespräche auf Flipcharts notiert: Vertrauen, Erfahrung, Wohlbefinden, Gesellschaftlichkeit, Wirtschaft, Kultur, Bildung, Ausbildung, Information, Arbeit, Gemeinschaft, Zusammenarbeit, *bottom-up*, Respekt.

Wir werfen nun einen genaueren Blick auf diese Stichwörter und verknüpfen sie mit der Analyse der Workshop-Gespräche, um einen Überblick über die behandelten Themen zu erhalten. Eine notwendigerweise schematische Betrachtung, ein Versuch, einige Schlüsselfragen zu isolieren, die in Stichpunkten dargelegt werden. Einige davon sind, wie man sehen wird, allgemeiner Natur und betreffen weit verbreitete Vorstellungen von Demokratie, die auch anderswo anzutreffen sind, während andere mit dem Leben in diesen Gebieten und ihren Besonderheiten zusammenhängen.

- 1) Eine erste relevante und ziemlich vorhersehbare Tatsache betrifft *das mangelnde Vertrauen in eine repräsentative Demokratie*. „Hier ist die repräsentative Demokratie in keiner Weise mehr eine Antwort“, sagte eine Teilnehmerin während des Workshops im Cadore-Zentrum. Allerdings handelt es sich, wie bereits erwähnt, nicht um ein totales Misstrauen gegenüber demokratischen Systemen. Vielmehr hat sich der Gedanke durchgesetzt, dass die Demokratie durch das Delegieren keineswegs erschöpft wird. Die Meinung, dass die Stimmabgabe heutzutage wenig nützlich und/oder gar nicht effektiv ist, teilten fast alle Beteiligten, die mehrfach die Notwendigkeit zum Ausdruck brachten, die Voraussetzungen für eine stärkere direkte Beteiligung am demokratischen Leben zu schaffen. Obwohl sie es nie ausdrücklich erwähnten (mit Ausnahme eines Gewerkschafters, dem dieses Thema besonders am Herzen lag), bezogen sich viele im Wesentlichen auf die Instrumente und Formen der sogenannten deliberativen Demokratie, die allgemein verstanden wird als „eine vielfältige Zusammenstellung von Umständen (oder eine Vielzahl von Fällen) in denen öffentliche Verwaltungen, Unternehmen, Verbände, große oder kleine organisierte Interessengruppen und sogar normale Bürger in sehr unterschiedlichen Formen aufgerufen sind, gemeinsam bestimmte öffentliche Probleme anzugehen, zu diskutieren und zu lösen.“²⁷

Andererseits ergaben sich keine Positionen, die der Demokratie *per se* ablehnend gegenüberstanden (sogenannte Antagonist*innen oder Anarchist*innen), was jedoch zum Teil von der Auswahl der beteiligten Personen abhängt, die alle (mehr oder weniger) an der Teilnahme an einem Projekt mit institutionellem Charakter interessiert sind.

- 2) Zweitens zeigte sich *das Primat der Politik als kollektive Projektaktivität*, d.h. eine allgemeine Tendenz der Teilnehmer*innen, Perspektiven vorzuschlagen, die eher auf politisch-imaginativen als auf präskriptiv-moralischen Prioritäten basieren. Was bedeutet das? In den Gesprächen wurde häufig auf konkrete Lösungen verwiesen, die

²⁷ Luigi Bobbio 2005, *La democrazia deliberativa nella pratica*, in „Stato e mercato“, S. 73, April.

die derzeitigen repräsentativen demokratischen Systeme wirksam ergänzen könnten. Auf das Wort „Regeln“ (das nur ein einziges Mal vorkam) und auf die Notwendigkeit einer besseren Einhaltung der Regeln durch die politischen Vertreter*innen wurde hingegen kaum Bezug genommen. Das Hauptziel der Beteiligten bestand letztlich darin, sich Gemeinschaften vorzustellen, die in der Lage sind, sich mit wirksamen Instrumenten selbst zu verwalten, und nicht darin, die Verantwortung für das Versagen der repräsentativen Demokratie den Wahlberechtigten und Bürger*innen zuzuschreiben.

- 3) Eine dritte Feststellung betrifft *die Verhältnisse zwischen den Generationen*. Während die jungen Teilnehmer*innen oft innovative Interpretationen der Probleme des demokratischen Lebens vorschlugen, gingen ältere Personen „immer zu ihren Gründungsvätern zurück“, wie eine Frau während des Workshops in Comelico sagte. Ihre Vorstellung ist unter jungen Menschen weit verbreitet. Einem Teilnehmer zufolge sind die älteren Generationen „noch zu sehr mit der Demokratie im Sinne des 20. Jahrhunderts verbunden“. Die weit verbreitete Unzufriedenheit unter den Jugendlichen hat somit einen generationenübergreifenden Charakter, weil sie aus einem Urteil über ihre Vorgänger resultiert.

Das Verhältnis zwischen den Generationen kam bei vielen anderen Gelegenheiten zur Sprache, sowohl in den Interviews als auch in den Workshops. Für unsere Untersuchung ist das Thema aus mindestens zwei weiteren Aspekten relevant.

Erstens in Bezug auf die Art und Weise, wie die Gemeinschaft zusammenlebt und was unter Sozialität und der Sorgfalt der Geselligkeit zu verstehen ist. Auch wenn die Begegnungsstätten für alle Teilnehmenden die Orte für die „Aufrechterhaltung des lokalen demokratischen Lebens“ sind, werden diese Orte von Jung und Alt sehr unterschiedlich wahrgenommen. Bei der Schaffung neuer Begegnungsräume schlugen die verschiedenen Generationen ganz unterschiedliche Lösungen vor, was eine tiefe Spaltung in der Art und Weise zeigt, wie sie das kollektive Leben verstehen.

Zweitens gibt es eine Kluft zwischen den Generationen, was die Verbindung zum Territorium und die Notwendigkeit, dieses zu schützen, angeht. Während ein großer Teil der unter 35-Jährigen ihr eigenes Recht auf Auswanderung zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse und Wünsche betonte, wiesen die älteren Anwesenden auf die schädlichen Auswirkungen dieser Tendenz zur Abwanderung aus den Tälern auf das politische Leben vor Ort hin. Ein Thema, das die Arbeitsgruppen des Centro Cadore besonders beschäftigte. Eines der hier deutlich zutage tretenden Themen lässt sich in der folgenden Formulierung zusammenfassen: „Wer geht und wer bleibt. Generationen, Abwanderung, Pflege des Territoriums.“ Das Verhältnis zwischen den Generationen könnte aufgrund seiner Intensität von unserem Schwerpunkt ablenken. Es stellt aber für die Menschen, die wir getroffen haben, eine Priorität dar.

- 4) Auch der vierte Schwerpunkt, der in den Workshops ermittelt wurde, hat mit dem Einfluss des Kontextes auf die allgemeine Bewertung der Demokratie zu tun. Sie betrifft *die spezifischen politischen Strukturen des Gebiets*. So wurden die Einschränkungen und die von den lokalen Vertreter*innen bei bestimmten Anlässen erreichten Ergebnisse kommentiert und die Notwendigkeit erörtert, die Arbeit der lokalen Institutionen durch das Engagement bereits bestehender Verbandsstrukturen zu flankieren sowie neue zu schaffen.

Ein wesentliches Thema, insbesondere in den Diskussionen über die Demokratie, die während des Workshops in Comelico aufkamen, ist schließlich das Thema der Regeln und der Koexistenz zwischen diesen Institutionen und den lokalen institutionellen Strukturen²⁸. Das Thema der Regeln brachte eine Reihe weiterer Fragen mit sich, darunter die der Geschlechterverhältnisse im politischen Bereich.

Es ist hier nicht der richtige Ort, um auf die Rolle der Regeln und die in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen einzugehen. Daher reicht es, die weit verbreitete Tendenz festzustellen, sie in den Diskussionen als parallele, mehr oder weniger formalisierte und allzu politische Institutionen zu bezeichnen, die eine Rolle bei der Neugestaltung des lokalen demokratischen Lebens spielen könnten.

Schließlich gibt es noch einen letzten Aspekt, der eng mit dem lokalen Leben und seinen Eigenheiten verbunden ist. Im folgenden Abschnitt werden wir versuchen, näher darauf einzugehen. So sprachen viele unserer Befragten politische Themen an (Demokratie, Fürsorge, Gemeinwohl, Partizipation etc.), die sie instinktiv in einen engen Zusammenhang mit den eher wirtschaftlichen Auswirkungen der Demokratie selbst (Entwicklung, Wohlfahrt, Arbeit etc.) brachten.

IV.3.2 Von der Politik zur Wirtschaft und zurück

„Wir sind nicht das Pustertal“, sagte eine Teilnehmerin beim Workshop in Comelico. Diese Äußerung fasst eine Stimmung zusammen, die während der beiden in Comelico und Centro Cadore abgehaltenen Workshops immer wieder zu hören war. Eine ebenso selbstverständliche wie desillusionierte Aussage, die jedoch die Selbstwahrnehmung der Bewohner*innen in diesen Gebieten widerspiegelt. Diese Äußerung sagt vor allem etwas über die Prioritäten der Teilnehmer*innen aus, die übergreifend von Jung und Alt geäußert wurden und die sie alle vereinen, unabhängig von Beruf, Geschlecht und Rolle in der Gemeinschaft.

²⁸ Siehe Livio Olivotto, *Le Regole: istituzioni secolari della proprietà collettiva*.
http://www.comelicocultura.it/Pdf/Storia/Le_Regole/Testo_su_regole.PDF

Aber was bedeutet dieser Satz? Mit „wir sind nicht das Pustertal“ ist die angebliche Unfähigkeit der Bewohner und Bewohnerinnen von Alto Bellunese gemeint, ihre Täler gut zu verwalten und touristisch attraktiv zu gestalten. Relevant für unsere Untersuchung ist jedoch die Tatsache, dass sich die Fragen, die in den Interviews gestellt wurden, und die Themen in den Workshops nicht auf wirtschaftliche Fragen und auf die Entwicklung des Territoriums bezogen, sondern auf rein politische Fragen. So wurden, wie bereits erwähnt, die Anforderungen bezüglich der Qualität und der Wahrnehmung der lokalen demokratischen Systeme (sowohl auf institutioneller Ebene als auch auf der Ebene der *bottom-up*-Partizipation und der Formen der Selbstorganisation in den Gemeinden) zunächst auf einer rein wirtschaftlichen Ebene und unter Bezugnahme auf die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Gebiete interpretiert.

Sowohl in den Interviews als auch in den Workshops wurde deutlich, dass die Bewohner*innen des Alto Bellunese dazu neigen, den Zustand der lokalen Wirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Gespräche zu stellen. Ausgehend von Gesprächen und gemeinsamen Überlegungen zum Stand der Demokratie im lokalen Kontext sahen sie es als vorrangig an, dieses Thema in den Mittelpunkt zu stellen, das in gewisser Weise vom Projekt selbst entfernt ist, für sie jedoch eng damit verbunden. Demokratie und Politik haben für manche keinen Wert, es sei denn im Rahmen eines Versuchs, Arbeit und Entwicklung in den Gebieten wieder in Gang zu bringen, die als weniger wirtschaftsfähig gelten als die benachbarten Täler, die von einigen von ihnen als „rückständig“ bezeichnet wurden.

Der begriffliche Pfad Demokratie → Politik → Wirtschaft → Arbeit → Entwicklung tauchte in fast allen Interviews sowie in vielen Gesprächen auf. Diese ökonomisch-praktische Interpretation hat zum Teil mit dem Bewusstsein zu tun, dass jede Form der Entwicklung tugendhafter demokratischer Praktiken in den beiden Gebieten von der Fähigkeit ebendieser Gebiete abhängt, wirtschaftlich zu überleben und die fortschreitende Entvölkerung zu vermeiden, von der sie seit einiger Zeit betroffen sind, „damit diese Gebiete vor allem für unsere Kinder einladend sind“. Diese Vision impliziert eine Lesart des Marktes, genauer gesagt des Tourismussektors, nicht so sehr als einen Bereich, der an sich Wohlstand schafft, sondern als ein Instrument zur Förderung des sozialen Zusammenhalts in einem Gebiet, das sich seine Zukunft nur schwer vorstellen kann. Dieses grundlegende „Missverständnis“ scheint also das Ergebnis einer Tendenz zu sein, das Wohlergehen einer Gesellschaft von ihrem wirtschaftlichen Wohlstand abhängig zu machen; und im Vergleich zu den Nachbarländern.

Trotz der jüngsten Krise der lokalen Kleinunternehmen sind Comelico und Cadore keine Gebiete mit besonders besorgniserregenden Wirtschaftsindikatoren, zumindest nicht im Vergleich zu anderen Gebieten des Landesinneren. Die Selbstwahrnehmung ist jedoch die eines Gebiets, das mehr tun könnte und sollte, um eine höhere Wirtschaftsleistung zu erreichen.

Der bisher beschriebene Trend hat mit einem tiefen Gefühl der Nostalgie für das zu tun, wofür dieses Gebiet in der Vergangenheit stand; eine Nostalgie, die sich vor allem in den Gebieten von Centro Cadore unweigerlich auf das goldene Zeitalter des Brillenviertels bezieht.

Als Francesca Gambarotto vor einigen Jahren die Entwicklung des Viertels analysierte, zitierte sie die folgenden Worte eines Interviewten: „Es besteht eine enge Beziehung zwischen dem Viertel und der Brillenproduktion. Eine Verbindung der Verwurzelung und gleichzeitig der organisatorischen Entwicklung sowohl in der Produktion als auch im Vertrieb von Produkten.“²⁹ Aufgrund dieser starken Identifikation wird nun versucht, eine echte Alternative zu bieten, die fast alle Beteiligten in einer rentableren und nachhaltigeren Verwaltung der Touristenströme sehen.



²⁹ Siehe Alberto Bramanti und Francesca Gambarotto (Hrsg.) 2008, *Il distretto bellunese dell'occhiale. Leadership mondiale e fine del distretto?*, in *Enciclopedia delle economie territoriali*, vol. 5.

Dieses Element – scheinbar nicht im Mittelpunkt unserer Analyse – ist jedoch wichtig, da es einen hohen politischen Stellenwert hat. Es zeigt uns nämlich viel über die Zukunftsvorstellungen der lokalen Gemeinschaften. Der Anthropologe Arjun Appadurai vertritt die These, dass die Zukunft in jeder Hinsicht ein kulturelles Faktum ist und dass die ethnografische Erforschung sozialer Kontexte auch bedeutet, dass die Bestrebungen der Menschen erfasst werden müssen. Bei den Bewohner*innen des Alto Bellunese, die an unserer Studie beteiligt waren, wird die Zukunft nicht einfach „als ein mögliches Szenario der nahen Zukunft verstanden, sondern als ein Element des sozialen Imaginären, durch das die Gemeinden Anpassungs- und Überlebensstrategien in einer von den „unpersönlichen“ Kräften des Finanzwesens beherrschten Realität ausarbeiten.“³⁰ Dies unterscheidet sich nicht wesentlich von anderen Bereichen, die im Laufe der Jahre von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler*innen untersucht wurden. Auch anderswo wird die wirtschaftliche Entwicklung als das erste zu lösende Problem gesehen. In den Gebieten, die im Rahmen dieser Studie untersucht wurden, kommt ihr jedoch eine tiefere Bedeutung zu, gerade weil sie sich in Kontexten befindet, die aus wirtschaftlicher Sicht relativ beruhigende Indikatoren aufweisen, in denen aber ein Teil der Bevölkerung der Meinung ist, dass der soziale Zusammenhalt und die Fähigkeit, das demokratische Leben vor Ort lebendig zu halten, in erster Linie mit der wirtschaftlichen Leistung des Gebiets zusammenhängen.

IV.5. Schlussfolgerungen

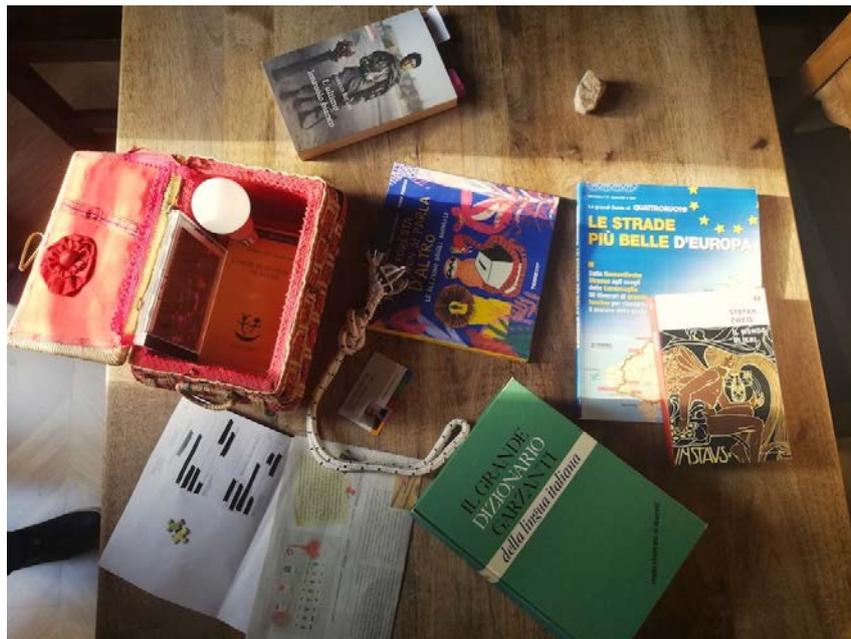
Wie wir gesehen haben, betreffen die Prioritäten der Teilnehmer*innen im Alto Bellunese sowohl allgemeine Fragen als auch spezifischere, gebietsbezogene Themen. Im letztgenannten Fall zeigen uns die Wahrnehmungen, die sich zur Demokratie herauskristallisiert haben, vor allem etwas über die Selbstwahrnehmung der lokalen Gemeinschaften.

Das mangelnde Vertrauen in die repräsentative Demokratie und der starke Wunsch, Instrumente zu schaffen, die die Delegation an die Vertreter*innen der Bürger*innen ergänzen, standen im Mittelpunkt der Debatte, wobei die vorhandenen parallelen Institutionen, der Zustand der Vereinstätigkeit und ganz allgemein der lokalen Zivilgesellschaft berücksichtigt wurden. Bei der Darstellung eines Gesamtbildes des Gesundheitszustands der Demokratie konzentrierten sich die Beteiligten auch auf die Frage des Verhältnisses zwischen den verschiedenen Generationen, die für ein Gebiet, das sich selbst als im Umbruch wahrnimmt und eine starke Neigung zeigt, sich eine andere Zukunft vorzustellen, zusammen mit einer vielleicht übermäßigen Konzentration auf seine derzeitigen Grenzen, von zentraler Bedeutung ist. Nach den aufgezeichneten Gesprächen zu urteilen, wird die Aufmerksamkeit für die wirtschaftliche Entwicklung des Gebiets als wesentliche Voraussetzung für eine Trendwende in der demografischen und wirtschaftlichen Dynamik des Gebiets angesehen. Die politische, soziale

³⁰ Arjun Appadurai 2013, *The Future as Cultural Fact: Essays on the Global Condition*, London: Verso.

und kulturelle Komponente wird von unseren Befragten als bloße Folge dieser Aspekte betrachtet.

Diese Ergebnisse scheinen mit den Wahrnehmungen breiter Schichten der italienischen und europäischen Bevölkerung in Bezug auf das Funktionieren demokratischer Regierungssysteme übereinzustimmen. In den Visionen unserer Teilnehmer*innen schlägt die weit verbreitete Enttäuschung jedoch weder in Desillusionierung noch in Unbeweglichkeit um, sondern vielmehr in die Forderung nach mehr Konfrontation und Diskussion. Das hängt zweifellos von der Auswahl der vom Projekt erreichten Bevölkerung ab, die sich zwangsläufig aus denen zusammensetzt, denen das Funktionieren der Demokratie am meisten am Herzen liegt und die einen konkreten Beitrag zur Neugestaltung des demokratischen Lebens vor Ort leisten möchten. Es hat sich letztlich eine pragmatische Haltung herausgestellt, die im Einklang mit den aktuellsten Beiträgen zur Demokratie in der Anthropologie steht. Diese Beiträge betrachten die demokratische Dynamik nicht so sehr von einem normativ-präskriptiven Standpunkt aus (was Demokratien sein könnten und sollten), sondern als konkrete Umsetzung des Staates durch seine Bürger*innen, und weisen sowohl ihren Vorstellungen in Bezug auf die eigene politische Selbstorganisation als auch den konkreten Umsetzungsformen des Staates selbst eine zentrale Rolle zu.



Diese Vision demokratischer Systeme findet sich in einigen Schlüsselbegriffen wieder, die während der Gespräche zu einem echten Leitmotiv wurden: Verantwortung, Wahlmöglichkeit, Selbstlosigkeit, Bewusstsein, Beteiligung, Wissen, Initiative, Gemeinwohl, Fürsorge, Austausch, Kultur, Regeln, Solidarität, Information, Zusammenarbeit, *bottom-up*, Respekt. Alles Worte eines Wortschatzes, der die Bürger*innen als aktive Teilnehmer*innen ausweist und sie in den Mittelpunkt möglicher Veränderungen stellt, weit über die Delegation und Kritik an ihren politischen Vertreter*innen hinaus.

Kapitel V: Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Ergebnissen der Workshops in den drei Territorien

Dieser Forschungsbericht präsentiert die Ergebnisse des Projekts „Was ist Demokratie für mich? Reflexionen im grenzüberschreitenden Gebiet Dolomiti Live“ und konzentriert sich auf die Themen Demokratie und Governance in drei alpinen Makrogebieten des größten Interreg Italien-Österreich-Programmgebiets: dem Alto Bellunese, Pustertal und Osttirol.

Das von einem interdisziplinären wissenschaftlichen Team durchgeführte Projekt hatte zum Ziel, die Einstellungen sowie Erfahrungen der Bürger*innen rund um das Thema Demokratie zu ermitteln und die Diskussion dazu anzuregen. Die Hauptziele dieser Forschung lassen sich in folgenden Fragen zusammenfassen, die an Teilnehmer*innen der organisierten Workshops in den drei Regionen gerichtet waren: Was bedeutet für Sie Demokratie? Spüren Sie eine Kluft zwischen demokratischer Theorie und Praxis? Haben Sie sich jemals Sorgen um die Demokratie in Ihrem Land gemacht? Glauben Sie, dass es ein besseres System als die Demokratie gibt? Wenn Sie die Chance hätten, das derzeitige demokratische System zu ändern, wie würden Sie es ändern?

Die Erhebung in den drei Grenzgebieten erfolgte durch eine sogenannte Aktionsforschung, basierend auf der Begegnung mit lokalen Gemeinschaften. Nach einer Sondierungsphase und der Eingrenzung der verschiedenen Bereiche durch Kontextdaten und Interviews mit ausgewählten Zeitzeug*innen wurde eine Workshopreihe durchgeführt, um die Gelegenheit zur Begegnung und Diskussion zu den Projektthemen zu schaffen.

Die Ergebnisse in den drei Regionen zeigen sowohl Elemente der Kontinuität als auch der Diskontinuität, die einige Überlegungen verdienen. In allen untersuchten Bereichen beleuchteten die Workshops sowohl allgemeine Fragen, die sich auf die Grenzen und Probleme der Demokratie als Regierungsform bezogen, als auch lokale und spezifische Fragen im Zusammenhang mit der konkreten Funktionsweise der demokratischen Vertretung in den betreffenden Gebieten.

Die Daten, die in den drei Bereichen aufgetaucht sind, zeigen einige Elemente der Kontinuität und Diskontinuität, die einige kurze Überlegungen verdienen. In den untersuchten Gebieten beleuchteten die Workshops sowohl allgemeine Fragen, die sich auf die Grenzen und Herausforderungen der Demokratie als Regierungssystem bezogen, als auch lokale und spezifische Fragen, die die konkrete Funktionsweise der demokratischen Vertretung in den betreffenden Gebieten betrafen.

Ein Großteil der Teilnehmer*innen äußerte Befürchtungen über die schwierige Phase, die demokratische Systeme auf der ganzen Welt durchlaufen. So wurde insbesondere auf Länder, verwiesen, deren Regierungen klar autoritäre Tendenz aufweisen. In einigen Fällen wurden diese Bedenken auch in Bezug auf die politischen Phasen geäußert, die das italienische und das österreichische politische System durchlaufen haben.

Ein gemeinsames Anliegen betrifft die Art und Weise, wie die Forderungen und Bedürfnisse der Bürger*innen von ihren politischen/institutionellen Vertreter*innen effektiv verstanden und respektiert werden. Dies ist ein Aspekt, der die unmittelbare Erfahrung der Workshop-Teilnehmer*innen betrifft und daher deutlich wahrgenommen wird. Viele von ihnen haben die Grenzen der demokratischen Repräsentation auf allen institutionellen Ebenen (national, regional, lokal) hervorgehoben und die Diskrepanz zwischen ihren tatsächlichen Bedürfnissen und den diesbezüglichen institutionellen Reaktionen betont.



Einer der Schlüsselbegriffe, die sich während der Workshops herauskristallisierten, ist jener der Verantwortung, der sich sowohl auf die Politiker*innen als auch auf die Bürger*innen bezieht. Tatsächlich beschränkten sich mehrere Teilnehmer*innen nicht darauf, Politiker*innen und Verwaltungsbeamte zu kritisieren. Dabei gab es keine Hinweise auf antipolitische Einstellungen oder eine Tendenz, sich aus dem demokratischen Spiel herauszunehmen. Im Gegenteil, viele haben auf der Rolle der Wähler*innen bestanden, sowohl im Hinblick auf die Verantwortung, sich über die Programme der verschiedenen politischen Kräfte zu informieren, als auch in Bezug auf den potenziellen konkreten Beitrag, den sie als Bürger*innen leisten können.

Sowohl in Osttirol, im Pustertal als auch im Alto Bellunese wurde die Kritik an der repräsentativen Demokratie mit einer klaren Reformabsicht vorgebracht und mögliche Transformationen des gegenwärtigen demokratischen Systems diskutiert. Dabei zeigte sich eine

eindeutige Neigung zum deliberativen demokratischen Modell, das als fähig betrachtet wurde, die Einwohner*innen stärker in administrative Entscheidungen einzubeziehen. In dieser Hinsicht äußerten Teilnehmer*innen die Hoffnung, dass Kommunalpolitiker*innen und Verwalter*innen in Zukunft mehr auf die Forderungen der Bürger*innen hören könnten.

In allen drei Gebieten wurde eine klare Wertschätzung für Diskussionsmöglichkeiten, wie sie das vorliegende Projekt bietet, betont, und es wurde sogar der Wunsch geäußert, solche Momente des Diskurses und Austauschs häufiger stattfinden zu lassen. Generell wird es als wichtig erachtet, mehr Gelegenheiten für Diskussionen zu schaffen, um den Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie ihren politischen Vertreter*innen zu verbessern und Letzteren nützliche Schlüssel zum Verständnis lokaler Verwaltungsprobleme zu liefern.

Schließlich zeichnete sich ein weiteres gemeinsames Anliegen ab: Auf die Frage nach dem Gesundheitszustand der Demokratie, der Politik und der lokalen Verwaltungen äußerten die Teilnehmer*innen aus allen drei Makrogebieten eine gewisse Besorgnis über die wirtschaftliche Entwicklung und den Beschäftigungsstatus in ihrer Region, was als wesentliche Voraussetzungen für ein gutes Funktionieren des lokalen demokratischen Lebens angesehen wurden; eine nur scheinbar nicht unmittelbare Verbindung zwischen Demokratie und Wirtschaft, die mit der Möglichkeit und Fähigkeit zu tun hat, sich die Zukunft in einer historischen Phase tiefgreifender wirtschaftlicher Unsicherheiten vorzustellen.

Kapitel VI: Empfehlungen

Wie in den einzelnen Berichten sowie in der Zusammenfassung sichtbar, überschneiden sich zahlreiche Themenbereiche in den Diskussionen der drei Regionen, andere waren regional spezifisch. Allen Analysen der Gespräche gemeinsam aber ist, dass die Bevölkerung auf der Suche nach einer Demokratie ist, die partizipativer wird und die Bevölkerung nicht nur als potenzielle Wähler*innen wahrnimmt.

Aus der Zusammenschau der drei Analysen ergeben sich daher folgende Empfehlungen, die für alle drei Regionen gelten, wenngleich in leicht unterschiedlicher Intensität und Dringlichkeit:

1) Hinhören:

Die SARS-CoV-2-Pandemie wird von der Bevölkerung nicht als einzige Ursache, sehr wohl aber als Symptom für immer mehr Distanz zwischen Politiker*innen und Bürger*innen gesehen. Das geht so weit, dass sich Letztere zum Teil nicht mehr vertreten fühlen. Insofern ist es derzeit wichtiger denn je, aktiv auf die Bevölkerung zuzugehen und dabei nicht auf die Wähler und Wählerinnen einzureden, sondern umgekehrt, diesen zuzuhören.

Der oder die emanzipierte Bürger*in sollte daher nicht als „lästig“ empfunden werden, denn er oder sie fordert lediglich, was die Demokratie ohnehin verspricht: Beteiligung und ernstgenommen zu werden. Daher muss die erste Empfehlung – auch wenn das noch so banal klingt und gleichzeitig so schwer umsetzbar scheint – lauten: Hinhören, nochmals hinhören und das Gesagte dann auch begreifen.

2) Partizipation fördern

Die Bedeutung von Partizipation nimmt allgemein zu. Daher wird es immer wichtiger, diese auch regional vermehrt zu ermöglichen. Dazu gehören nicht nur Referenden, sondern insbesondere die Möglichkeit für die Bevölkerung, sich aktiv einzubringen. Das geht von Informationspolitik bis hin zu konkreten Projekten, die Bürger und Bürgerinnen einbringen können. Letztendlich bedeutet das, dass Politiker*innen wieder lernen müssten, die Demokratie so zu schätzen, wie es ihre Bevölkerung (noch) tut.

3) Diskussion ermöglichen (nicht abwimmeln)

Die Herausforderung der Zukunft wird in den Gemeinden sein, die Bevölkerung tatsächlich einzubinden. Ideen zu sammeln und dann unkommentiert zu lassen, während man zur Tagesordnung übergeht, wird in Zukunft nicht mehr funktionieren.

Ebenso haben die klassischen Sprechstunden bei Politiker*innen stets einen Anklang von Bittgesuch. Stattdessen braucht es einen nichthierarchischen Austausch. Ob dieser in alter Manier im Gasthaus stattfindet oder bei einem extra organisierten Termin, mag unterschiedlich gestaltet werden. Wichtig ist: je leichter zugänglich und je „barrierefreier“, desto besser.

4) Den Job Politiker*in attraktiver und zugänglicher gestalten

Nahezu alle Bürger*innen kritisieren „die Politiker*innen“, doch es wird auch anerkannt, dass der Job schwierig und anstrengend ist. Nicht zuletzt aus diesen beiden Gründen will kaum jemand mehr selbst in die Politik einsteigen. Gleichzeitig braucht es neue Personen, um eben jenes negative Image der Politik und insbesondere der Parteien zu verändern. Dazu wäre es wichtig, Menschen in die Politik zu bringen, die nicht unbedingt aus der eigenen Partei kommen, sondern aufgrund ihres Berufs, ihrer Karriere oder ihres Einsatzes für die Gesellschaft geeignet und gewillt sind, sich einzusetzen.

5) Frauen und junge Menschen in die Politik

Daraus ergibt sich automatisch der nächste Punkt: Der Mangel an Frauen und an jungen, engagierten Personen ist insbesondere in der Regionalpolitik deutlich sichtbar und wurde mehrfach in den Gesprächen zum Thema. Um das zu ändern, geht es einerseits wieder um Punkt 1), das Zuhören, andererseits aber auch darum, den Weg in die Politik attraktiver und nicht zuletzt zeitlich machbar zu gestalten. Dazu gehört auch, dass man jene, die man gewinnen kann, gut einschult und ihnen somit die Möglichkeit gibt, sich von Anfang an wirklich aktiv zu beteiligen.

6) Nicht auf Heimat/das Regionale vergessen

Von der Regionalpolitik wird gefordert, dass sie nicht auf die Besonderheiten der jeweiligen Region vergisst. Das gilt kulturell ebenso wie wirtschaftlich und – wie in den Gesprächen immer wieder betont wurde – ganz besonders für die Umwelt. Es wird daher empfohlen, nicht nur die klassischen Branchen sondern insbesondere nachhaltig agierende Unternehmen und Projekte zu fördern, die den Klimawandel mitdenken und dementsprechend planen. Gerade was den Klimawandel betrifft, wünscht sich die Bevölkerung ein klares Bekenntnis und Durchgreifen der Politik. Das bedeutet in der Folge, dass man eine Region nicht nur so sehen sollte, wie sie immer war, sondern dass man neue (wirtschaftliche und umweltpolitische) Ideen zulässt.

7) Demokratie fördern

Einst wurden das Miteinander und das Mitdenken der Bevölkerung als gefährlich abgetan. Heute sind sie für die Demokratie nötiger denn je. Dazu braucht es allerdings auch Kenntnisse um die Werkzeuge der Demokratie. Das gilt für die Zivilbevölkerung ebenso wie für die Politik. Insofern sind Initiativen und Projekte, die politische Bildung beinhalten – da war man sich in den Diskussionen einig – auch auf regionaler Ebene wichtig.

Zum Abschluss noch eine Empfehlung an die Bevölkerung

Ursprünglich waren lediglich Empfehlungen an die Politik geplant. Aus den Gesprächen in diesem Projekt haben sich allerdings zwei weitere Empfehlungen ergeben. Eine betraf den *Wunsch an die Medien*, weniger Meinung, dafür mehr Information zu publizieren, die andere *Empfehlung betraf die Bürger und Bürgerinnen selbst*:

Es wurde oft bemängelt, dass es leichter ist am Stammtisch oder unter Freunden zu jammern, als selbst tätig zu werden. Um politisch sichtbar zu sein und gehört zu werden, muss man sich allerdings auch zu Wort melden. Das gilt nicht nur für eine Minderheit der Bevölkerung, die das ohnehin tut, sondern das betrifft besonders jenen Teil, der gerne als die „schweigende Masse“ bezeichnet wird. Wenn dieser Teil sich nicht zu Wort meldet, geht die Deutungshoheit an die Minderheit und das kann demokratiepolitische Auswirkungen haben, die von der Masse nicht gewollt sind. Daher lautet die Empfehlung: die Initiative ergreifen. Denn Demokratie braucht eine Bevölkerung, die versteht, dass Demokratie nicht nur Rechte mit sich bringt, sondern auch Pflichten. Dazu gehört eben auch jene, sich zu Wort zu melden, anstatt zu jammern.

Anhang

Leitfragen für semi-strukturierte Interviews und Workshops (Auswahl):

- Wie nimmst Du Demokratie wahr? Was ist für Dich Demokratie? Hast Du Dich mit dieser Frage auseinandergesetzt? Wann? Warum irgendwann mal mehr, dann weniger? Warum nicht?
- Inwiefern hat die SARS-CoV-2-Pandemie Deine Einstellung zu Demokratie verändert? Falls ja, wie? Inwiefern hat die SARS-CoV-2-Pandemie auf die Demokratie eingewirkt und wie stehst Du dazu?
- Siehst Du die Demokratie in Gefahr, warum? Wie würdest Du dem entgegenwirken in Deinem Umfeld?
- Könntest Du Dir ein besseres System als eine Demokratie vorstellen?
- Falls Du die Möglichkeit hättest, das derzeitige demokratische System zu ändern, was würdest Du tun? Was würdest Du Dir von/für Demokratie erhoffen?
- Die Bedeutung von Demokratie und Politik als Thema in der Familie und im Freundes- und Bekanntenkreis: Sprichst Du über Demokratie in Deiner Familie/Freundes- und Bekanntenkreis? Wann? Weshalb? Welche Aspekte/Themen werden besprochen? Warum nicht?
- Bist Du an Politik interessiert? Welche Aspekte? Nationale, Landes- oder Gemeindepolitik?
- Inwiefern vertraust Du Politiker*innen – auf unterschiedlichen Regierungsebenen? Hat Dich das politische System schon einmal enttäuscht/besonders fasziniert? Wie könnte der Politikentfremdung entgegengewirkt werden?
- Nimmst Du teil an Politik? Gehst Du wählen? Warum ja, warum nein? Könntest Du Dir vorstellen eine aktive Rolle einzunehmen? Was würdest Du ändern wollen auf lokaler Ebene? Wie sollte Demokratie gelebt leben auf lokaler Ebene?